Mittwoch, 5. März 1930
12. Jahrgang. Nummer 54

Arbeiter-Zeitung

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: wöchentlich 0,60 Mk., monatlich 2,60 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,60 Mk., unter Streifband 3,00 Mk. Anzeigenpreis: Die zehngespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsanzeigen 6 Pf. Reklamepreis: Die dreigespaltene Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Schluß der Inseraten-Annahme i. d. Haupt-Expedition 9 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern"
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Kreuzstraße Str. 50. Tel. 560 29. Postscheckkonto: Breslau 544. Redaktion: Breslau, Kreuzstraße 50. Tel. 239 02. Sprechzeit der Redaktion von 12—13, Montags bis Freitags von 17—18 Uhr. Filialexpeditionen: Gleiwitz, Oberstr. 26, Tel. 4085; Oppeln, Adalbertstr. 11, Tel. 1884; Görlitz: Lunitz 6, Tel. 2384. Geschäftszeit: 8—19 Uhr. Gerichtsstand: Hauptverlagsort Breslau. Erscheinungsort Breslau. — Verlag: Schles. Verlagsgesellsch. mbH., Bresl. — Druck: „Peuvag", Fil. Breslau, Kreuzstr. Str. 50

Morgen am 6. März:

Mobilmachung gegen das Hungerregime

Die „Krise" der Müller-Regierung / Sozialfaschisten für schnelle Durchführung des Young-Plans / Viereinhalb Millionen Erwerbslose u. Kurzarbeiter in Deutschland

Nur Sowjetdeutschland bringt Arbeit und Brot

Kaum hat die Volkspartei in ihrer Sonntagssitzung die Ablehnung des von der SPD. beantragten Notopfers für die Beamten beschlossen, da redete auch schon keiner der sozialdemokratischen Minister mehr davon; denn der Wille der Volkspartei ist den Müller und Severing Gesetz. So beschloß die Regierung, den gangbarsten Weg zu finden, auf dem den proletarischen Massen die Deckung des Defizits aufgebürdet werden kann.

Man glaube nicht an den vorgetäuschten Ernst der Differenzen zwischen den Koalitionsparteien. Die „Regierungskrise" ist nichts anderes als ein abgekartetes Spiel zur Vorbereitung des neuen brutalen Anschlages gegen die Arbeiterschaft.

Wozu aber dann diese ewig ergebnislosen Kabinettsberatungen? Nun, sie sind nichts anderes als das komödienhafte Gegenstück des bitterernsten Klassendramas, das sich gegenwärtig in Deutschland abspielt, und das sowohl von dem führenden Zentrumsorgan, der „Germania", als auch von der volksparteilichen „Kölnischen Zeitung" mit den Ereignissen von 1923 verglichen wird. In dem Leitartikel der „Germania" von Montag abend heißt es:

„Darüber herrscht wohl kein Zweifel, daß wir uns in einer ganz ähnlichen Lage befinden wie im Jahre 1923, und daß unsere gegenwärtigen Verhältnisse sowie die damaligen nur überwunden werden können durch Maßnahmen ganz ungewöhnlicher und außergewöhnlicher Art."

Das will nichts anderes sagen, als daß auch die Bourgeoisie die revolutionäre Spannung in Deutschland auf einem Höhepunkt angekommen sieht.

Ueber eine Sitzung des sozialdemokratischen Fraktionsvorstandes im Reichstag, die Montag stattfand, wurde in einer parteiamtlichen Verlautbarung u. a. folgendes gemeldet:

„Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion trat Montag nachmittag zu einer Sitzung zusammen, an der sämtliche der Fraktion angehörenden Minister teilnahmen und in der über den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen über die Regelung der finanziellen Fragen Bericht erstattet wurde. Es wurden keine Beschlüsse gefaßt, doch herrschte volle Einmütigkeit darüber, daß die Verabschiedung der Young-Gesetze nicht durch innerpolitische Streitigkeiten verzögert werden darf, und daß für die schwebenden Finanzfragen eine Lösung gefunden werden muß."

Daraus geht ganz klar hervor, daß die Sozialfaschisten alles daran setzen werden, um die Young-Diktatur zu festigen.

Die ununterbrochen steigende Erwerbslosenzahl in Deutschland, die durch die roten Betriebsrätesiege signalisierte Kampfbereitschaft der Arbeiter und der Zorn der Angestellten und unteren Beamten über ihre Ausbeutung und die reaktionären Regierungsgesetze — das ist der Hintergrund des Kabinettkuhhandels, der mit seinen parlamentarischen Zauberkunststücken, seinen Geheimverhandlungen in den Reichstagscouloirs, seinem ebenso ausdauernden wie widerwärtigen Geschwätz, ein charakteristisches Gegenstück zu den sicheren und entschlossenen Maßnahmen darstellt, mit denen die Räteregierung der Sowjetunion den sozialistischen Aufbau seiner Vollendung entgegenführt.

*

Wie durch einen Gewitterschlag zerreißt der Illusionsnebel, der von den Reformisten und der Bourgeoisie verbreitet wird, damit die Arbeiter nicht die jetzige furchtbare Lage sehen und die noch traurigere Perspektive, die sich vor ihnen auftut. Das reichsamtliche Institut für Konjunkturforschung malt in seinem neuen Vierteljahresbericht ein erschreckendes Bild über den ungeheuren Umfang der Arbeitslosigkeit in Deutschland:

„Die Zahl der tatsächlich Arbeitslosen dürfte am 31. Januar etwa 3,2 Millionen betragen haben. Zu den Arbeitslosen treten noch schätzungsweise 1,3 Millionen Kurzarbeiter in der Industrie, so daß insgesamt Ende Januar rund

4,5 Millionen Personen von dem Mangel an Beschäftigungsmöglichkeit betroffen

wurden. In der Industrie allein ist etwa ein Viertel aller Arbeiter voll arbeitslos. Arbeitslose und Kurzarbeiter unter der Industriearbeiterschaft stellen mehr als ein Drittel der Gesamtzahl aller Industriearbeiter dar."

4,5 Millionen Erwerbslose und Kurzarbeiter gibt die Bourgeoisie also zu. In Wirklichkeit sind es viel mehr; denn die Hunderttausende langjähriger und nicht mehr unterstützter Arbeiter, die sich mit Gelegenheitsarbeiten durchhungern, werden gar nicht als arbeitslos registriert, so daß mit **weit über 5 Millionen Erwerbslosen und Kurzarbeitern** zu rechnen ist.

Unser Ausweg, der Ausweg des gesamten Proletariats, ist der revolutionäre Massenkampf für den Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich, der Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung und für den Sturz der bürgerlich-sozialdemokratischen Diktatur!

Unser Ausweg ist die Sowjetrepublik, ist der Sozialismus, ist die Enteignung der profitmachenden Trustherren und die Errichtung der proletarischen Diktatur!

Heraus zum 6. März!

Unter der proletarischen Diktatur

Tausende von Arbeiterinnen in den Hochschulen

Dergleichen konnten sie sich vor der Oktoberrevolution nicht träumen lassen. Auf dem Bild: Studentinnen des Moskauer Eisenbahn-Ingenieurinstituts bei der Betriebspraxis in Eisenbahn-Werkstätten. So in der Sowjetunion. **Und im Young-Deutschland?** Die Arbeiterinnen müssen in den rationalisierten Betrieben für Hungerlöhne schuften und werden zugrunde gerichtet. Darum:

Massenkundgebungen am 6. u. 8. März!

Sozialfaschisten setzen Entlassung roter Betriebsratskandidaten durch

Beuthen, 5. März. Am Sonntag, dem 23. März, kommen die reformistischen Mitglieder des Bergarbeiterverbandes in Karf bei Konliener zusammen, um für die Karsten-Zentrum-Grube die Betriebsratsliste aufzustellen. Zusammen mit dem Bonzen Schmidt sowie mit den von anderen Anlagen zugezogenen Mitgliedern konnte noch nicht die Zahl 60 erlangt werden. Der Maurer Bias, der kommende Mann für die reformistische Politik auf der Karsten-Zentrum-Grube, übergab dem Bonzen Schmidt am Anfang der Versammlung eine Aufstellung der Sonntag vorher von der Belegschaftsversammlung vorgeschlagenen Kandidaten der Opposition und bemerkte, daß nur dann Ruhe für die Reformisten auf der Anlage sein kann, wenn der Direktor die Liste der Opposition nicht anerkennt, oder die roten Betriebsratskandidaten entläßt. Nachdem der Bonze Schmidt die alten Leuchten der Mitgliedschaft als Spitzenkandidaten aufdiktierte, entstand bei den weiteren Vorschlägen zwischen den Metallarbeitern und Bergarbeiterverbändlern eine wüste Zankerei um die Betriebsratsposten, so daß die Versammlung geschlossen werden mußte. Der Vorstoß der Reformisten hatte zur Folge, daß am Montag sieben unserer besten Kameraden, die als oppositionelle Kandidaten aufgestellt sind, die Kündigung bekamen.

Jungproletarische Erwerbslose an die Front

Die gesamte bürgerlich-sozialdemokratische Pressejournaille überschrie sich von „Ladenraub" und „Kommunistenüberfällen", als am Tage vor dem 1. Februar jugendliche Erwerbslose in Berlin dazu übergingen, ihr Brot, daß ihnen der sozialfaschistische Magistrat verweigerte, selbst zu holen. Aber dieser Mundraub der Jungerwerbslosen in Berlin war kein zufälliger, er signalisiert nur sehr deutlich, daß die Jungarbeiterschaft unter der Erwerbslosigkeit besonders schwer zu leiden hat. Die bedeutsame Rolle der Jungerwerbslosen im Kampfe der Gesamterwerbslosenbewegung wurde insbesondere durch ihr aktives revolutionäres Auftreten bei den Erwerbslosendemonstrationen in Berlin, Worms, Frankfurt, beim Hamburger Hungermarsch und auch anderen Aktionen gekennzeichnet. In und außerhalb des Betriebes wird das Jungproletariat heute von der Peitsche der deutschen Rationalisierung getrieben.

Das neu entworfene

Berufsausbildungsgesetz

soll mit seinen Bestimmungen über vier Jahre Lehrzeit, über die Einbeziehung der Lehrlinge in Kost und Logis und des Rechtes des Unternehmers auf „väterliche Zucht des Lehrlings" diese Lehrlingsausbeutung noch weiter verstärken. Die Lehrlinge, die, wie betont, während der Lehrzeit für Bettelpfennige der Lehrlingsentlohnung dem Unternehmer teure Arbeitskräfte ersetzen, werden nach Beendigung der Lehrzeit, wenn sie Anspruch auf höheren tarifmäßigen Lohn erheben, entlassen. Trotzdem eine besondere Registrierung der Jungerwerbslosen auf den Arbeitsnachweisen außerordentlich schlecht erfolgt, stellt die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung bereits am 15. Oktober fest, daß die Erwerbslosen im Alter von 18—21 Jahren 13,1 Prozent der Gesamtzahl betragen.

Diese Jugendlichen unter 18 Jahren erhalten zum Teil eine minimale, zum anderen Teil fast keine Unterstützung.

Auf Grund der Verordnung des Sozialfaschisten Wissell über die Krisenfürsorge vom 29. Juni 1929 erhalten Jugendliche unter 21 Jahren keine Unterstützung aus der Krisenfürsorge. Man errichtet sogenannte Werklurse, die zwar den Jugendlichen nichts für die Berufsausbildung geben können, aber nach den Begriffen der Bourgeoisie und des Sozialfaschismus die „Tüchtigkeit" und „Liebe zum Beruf" unter den Jugendlichen erhalten sollen. Es sind keine Einzelfälle, die bekannt wurden, wo in diesen Werklursen zwangsweise Arbeiten verrichtet werden mußten, die früher von erwachsenen Kollegen gegen Entlohnung ausgeführt wurden. In der Linie dieser Zwangsmaßnahmen gegen die Jungerwerbslosen zum Zweck ihrer „körperlichen Ertüchtigung" und militärischen Erziehung wendet auch die Bourgeoisie die bekannten Maßnahmen der Landverschickung an. Die Jungerwerbslosen sollen

für Bettelpfennige den Krautjunkern Oedländer urbar machen.

Die Forderung der Arbeitsdienstpflicht für die Jungerwerbslosen ist keine neue, wird aber gerade in der letzten Zeit von der Bourgeoisie erneut erhoben und dient dem Zweck — wie offen zugegeben wird — die Militärdienstpflicht „mindestens für Teile der Bevölkerung" zu ersetzen.

Am 6. März, dem Internationalen Erwerbslosentag, werden die Jungerwerbslosen unter Führung des Kommunistischen Jugendverbandes für ihre Forderungen aufmarschieren.

Der internationale Frauentag am 8. März

ist ein Tag der Massenkundgebungen der gesamten Arbeiterschaft für Einbeziehung der proletarischen Frauen in die revolutionäre Klassenfront.

RFB. demonstriert im roten Neukölln

Gestern gegen 5½19 Uhr demonstrierten über 200 uniformierte Kameraden des nichtzuverbietenden RFB. im roten Neukölln, mit jubelnder Begeisterung von der Arbeiterschaft begrüßt. Ueber eine Viertelstunde marschierten sie durch die Richardstraße, Bergstraße, Steinmetzstraße, der Stätte der Mai-Barrikaden. Dauernd erscholl der Kampfesruf der Arbeiterschaft „Rot Front!“ Aus den Fenstern, von der Straße, streckten sich zum Gruße geballte Arbeiterfäuste entgegen. Nach einer kurzen Ansprache löste sich der Zug auf. Die Schupo, die in der Hoffnung angelaufen kam, Arbeit für ihre Gummiknüppel zu finden, hatte das Nachsehen.

250 RFB.-Kameraden marschieren in Spandau

In Spandau marschierten gestern abend 250 uniformierte RFB.-Kameraden auf. Etwa 150 Spandauer Arbeiter begleiteten den Zug. Aus den Fenstern wurden die Demonstranten mit begeisterten „Rot Front“-Rufen begrüßt. Der Zug ging etwa 25 Minuten durch die Arbeiterviertel und wurde noch vor Erscheinen der Polizei aufgelöst.

Demonstrationen trotz Verbot

In Elberfeld demonstrierten am Sonnabend 200 Kameraden des Roten Frontkämpferbundes in voller Uniform und in geschlossener Gruppenkolonne durch die Straßen. Der Sicherheitsdienst funktionierte so ausgezeichnet, daß die Polizei, die erst nach einer halben Stunde kam, keine Arbeit mehr vorfand.

In Harburg demonstrierte eine Abteilung des Norddeutschen Arbeiter-Schutzbundes in Verbindung mit der Antifaschistischen Jungen Garde etwa eine halbe Stunde lang durch die Straßen des Stadtteiles Wilstorf. Auch dieser Zug wurde von der Arbeiterschaft mit starker Begeisterung und Rot-Front-Rufen begrüßt.

In Rheydt demonstrierten trotz Belagerungszustand zahlreiche Arbeiter und Arbeiterinnen in den Straßen der Stadt. Auch hier wurden die Demonstranten von der Bevölkerung immer wieder mit stürmischen Rot-Front-Rufen begrüßt.

Demonstrationsverbote in der Pfalz

Die Polizeidirektion von **Ludwigshafen** hat der Bezirksleitung der Kommunistischen Partei mitgeteilt, daß die Demonstration zum Internationalen Kampftag gegen die Erwerbslosigkeit am 6. März verboten sei. Begründet wird diese Provokation damit, daß bei „solchen“ Demonstrationen „Zusammenstöße bestimmt zu erwarten“ seien. Mit einer ähnlichen Begründung wurde das Demonstrationsverbot zum 6. März in **Speyer** ausgesprochen. Es ist zweifellos, daß die Polizeidirektionen auf zentrale Anweisungen hin handeln.

Der badische Innenminister Wittemann hat den am 28. Februar abgelaufenen Kleinen Belagerungszustand über Pforzheim „bis auf weiteres“ verlängert. Diese durch nichts begründete Maßnahme ist ohne Zweifel auch eine Polizeiaktion gegen den 6. März.

Die kommunistische Fraktion im bayerischen Landtag hat, nachdem das bayerische Wahlgesetz durch den Staatsgerichtshof als verfassungswidrig erklärt wurde, den Antrag eingebracht, daß der Landtag mit sofortiger Wirksamkeit seine Auflösung beschließt.

Proteststreiks am 6. März!

Die Belegschaft der Firma Prinz in Wald bei Solingen beschloß einstimmig, am 6. März, dem Weltkampftag gegen die Erwerbslosigkeit, einen einstündigen Protest- und Solidaritätsstreik durchzuführen und sich geschlossen an den gemeinsamen Kundgebungen der Erwerbslosen und Betriebsarbeiter zu beteiligen.

Eine öffentliche Belegschaftsversammlung der Zeche Westfalen im Ruhrgebiet beschloß, am 6. März einen eintägigen Proteststreik durchzuführen.

Diese Beschlüsse sind ein Ausdruck der unerschütterlichen Solidarität der Betriebsarbeiter mit den Erwerbslosen und des wachsenden Kampfwillens der Betriebsbelegschaften gegen die Offensive der Unternehmer, gegen Massenentlassungen und für den Siebenstundentag. Dem Beispiel dieser Betriebe müssen weitere Betriebe folgen, um die Kampfbereitschaft und Verbundenheit aller Ausgebeuteten [illegible] zum Ausdruck zu bringen.

Neue Verhaftungen in München

Das kommunistische Stadtratsmitglied von München, die Genossin Sarnecki und der kommunistische Landtagsabgeordnete Götz wurden Dienstag früh in ihren Wohnungen verhaftet. Sie sollen als „Rädelsführer“ bei den Zusammenstößen mit Nationalsozialisten in der Münchener Vorstadt Giesing beteiligt gewesen sein. Wie wir meldeten, handelt es sich dabei um eine **unerhörte Provokation der Nazis.** Doch diese Achtgroschenelemente läßt die Polizei ungeschoren.

Oppositionserfolg im Konsumverein Suhl

Bei den am Sonntag stattgefundenen Vertreterwahlen im Konsumverein **Suhl** konnte die Opposition trotz des Hinauswurfes ihrer Funktionäre aus dem Vorstand usw. und trotz der Verhinderung der Aufklärung der Mitglieder in Bezirksversammlungen einen Erfolg buchen. Gewählt wurden auf die Liste der Genossenschaftsopposition 60 Vertreter, vorher hatte sie nur 54; die SPD. erhielt 69 Vertreter, vorher hatte sie 91. Bei dem Resultat ist zu berücksichtigen, daß 18 SPD.-Vertreter **ohne jede Wahl** deswegen als gewählt gelten, weil ihnen keine oppositionellen Listen gegenüberstanden.

Der nicht zu verbietende RFB vor Gericht

Verstärkt den Kampf gegen das RFB-Verbot

Berlin, 5. März 1930.

Der Prozeß, der am kommenden Donnerstag um 9.30 Uhr mit Kriminalgericht Moabit, Turmstraße 92, Portal 4, Saal 564, gegen Genossen Olbrich und 14 andere Arbeiter wegen angeblicher Weiterführung des nicht zu verbietenden Roten Frontkämpferbundes stattfindet, hat das Interesse der gesamten Arbeiterschaft auf sich gelenkt. Bezeichnend für die Art, in der dieser Prozeß von den Moabiter Klassenrichtern durchgeführt werden soll, ist, daß lediglich zwei Arbeiter als Entlastungszeugen, hingegen ungefähr 20 Polizisten und Kriminalbeamte als Belastungszeugen geladen sind. Diese Achtgroschenjungen und Zörgiebel-Kosaken werden, wie es in allen bisherigen Prozessen gegen Arbeiter der Fall war, alles aussagen, was das Klassengericht braucht, um ein Urteil gegen die revolutionären Arbeiter zu fällen. Die Aussagen jedes Lockspitzels und gedrillten Schupomannes werden den berobten Herren das letzte Wort unumstößlicher Wahrheit sein. Deshalb läßt auch das Gericht nahezu keinerlei Entlastungszeugen zu. Denn sonst würde die Anklage von vornherein offenkundig zusammenbrechen.

Glaubt das Moabiter Gericht, daß sich der nicht zu verbietende Rote Frontkämpferbund durch Verfolgungen und Hetze vor der Erfüllung seiner Pflicht gegenüber der Arbeiterklasse abhalten läßt? Mit nichten. Muß doch die gesamte bürgerliche Presse, die diesen Prozeß behandelt, gestehen, daß der Rote Frontkämpferbund trotz der Verfolgungen nicht zu unterdrücken ist. Er arbeitet trotz Verfolgung, trotz der offenen Unterstützung der Faschisten durch die SPD. und Polizei. So schreibt die „Germania“ vom 4. März:

„Kein Wunder, daß diese Betriebsamkeit auch der Polizei auffiel, zumal eine Propagandatätigkeit für die Fortführung des Bundes trotz des Verbots deutlich erkennbar war. Weiter sah man häufig KPD.-Angehörige in der Uniform und mit dem Abzeichen des RFB.“

Die Bürgerpresse tobt über den 6. März!

Umgehung des Demonstrationsverbotes

„Vorwärts“-Freibrief für Zörgiebel — „Wir lassen uns nicht länger schlagen!“ — Sogar die Polizei erwartet Massendemonstrationen — Der empörte Stahlhelm — Die Nazis wollen provozieren!

Der „Vorwärts“ schrieb am Sonntag zu der Lockspitzelbehauptung, die KPD. habe den bekannten Waffendiebstahl in Leipzig vorgenommen, folgendes:

„Die Arbeiterschaft steht in einem schweren politischen und sozialen Ringen — und die KPD. klaut Maschinengewehre. Damit kann man wohl den Erwerbslosen Arbeit und zureichende Unterstützung verschaffen?“

Zwar kann der „Vorwärts“ sein Märchen, die KPD. klaut Maschinengewehre, heute selbst nicht fortsetzen. Er hat ja im Zusammenhang mit der Erwerbslosigkeit diese Frage nur deswegen gestellt, um dem SPD.-Mann Zörgiebel von vornherein einen Freibrief für den Polizeiterror am 6. März zu verschaffen.

Was gibt der Arbeiterschaft Brot und Arbeit? Der **Klassenkampf**, den die Kommunistische Partei **mit allen** seinen Konsequenzen führt, oder die **Maschinengewehre der SPD.**, die unter dem Kommando Zörgiebels und Severings im Interesse der Großbourgeoisie zum 6. März frisch geölt und geschmiert werden?

Jedenfalls hat am Sonntag mit dem zitierten Artikel der „Vorwärts“ der übrigen bürgerlichen Presse das **Stichwort** zur Hetze gegen den Großkampftag der Erwerbslosen gegeben. Das „Tempo“ schreibt:

„6. März: „Kampftag“ — und Krawall-Tag? ... Darüber hinaus plant man unter Umgehung des bestehenden Demonstrationsverbotes, Umzüge zu veranstalten, deren Ziel die größeren Betriebe und die Arbeitsnachweise sein sollen. ... Die Polizei ist jedoch darauf vorbereitet und hat dementsprechende Maßnahmen getroffen.“

Die „Berliner Nachtausgabe“ versucht sich im schmierigsten Sensationsstil:

„Berlins gesamte Schupo wird alarmiert, um die 6.-März-Aktion zu unterdrücken ...

Als Geheimparole ist der Grundsatz ausgegeben worden: Wir lassen uns nicht länger schlagen. Das heißt mit anderen Worten, es soll der Polizei ... heftiger Widerstand entgegengesetzt werden ...

Die Kommunisten haben auch nicht davor zurückgeschreckt, auch in den Reihen der Schutzpolizei selbst den Versuch einer Propaganda im Interesse einer Dienstverweigerung zu unternehmen ... Die Demonstrationen stehen im Zusammenhang mit einer allgemeinen kommunistischen Aktion in fast allen europäischen Ländern.“

Der „Lokal-Anzeiger“ muß schreiben:

„Auch mit der Teilnahme großer Massen von Erwerbslosen wird bei der Polizei gerechnet.“

Aber nicht nur die Erwerbslosen, sondern auch die Betriebsarbeiter werden sich in großer Zahl beteiligen!

Die Stahlhelm-Pressekorrespondenz ist wütend über das Wachsen des kommunistischen Einflusses:

„Durch keinerlei Haussuchung, durch kein Demonstrationsverbot läßt man sich abhalten, die Weltrevolution weiterzutreiben ...“

In Berlin werden neuerdings sogar die Frauen „wehrhaft“ gemacht und nach russischen Richtlinien mit der Waffe (Schwindel! Die Redaktion.) ausgebildet. ... Wenn der Staatssekretär des Preußischen Ministeriums des Innern, Herr Abbeg, im Landtag die (kommunistische) Gefahr bagatellisieren will ... so scheint er doch die Dinge nicht ganz zu übersehen ... In den Reihen der Schutzpolizei sitzen schon eine ganze Menge Leute, die kommunistisch gewählt haben.“

Schließlich teilt das „Tempo“ mit:

„Daß die Nationalsozialisten den 6. März ebenfalls zum Anlaß nehmen könnten, Zusammenstöße mit den Kommunisten zu provozieren.

Damit spricht dieses Blatt die auch uns bekanntgewordene Absicht aus, im gütigen Einvernehmen mit den Sozialfaschisten am 6. März Zusammenstöße zu provozieren. Von Stampfer bis Goebbels besteht eine Front gegen die Arbeitermassen. Die Arbeiter werden jedoch geschlossen auftreten und diszipliniert handeln. Die werktätigen Massen von den Stempelstellen und aus den Betrieben werden gemeinsam unter Führung der Kommunisten auftreten, um den 6. März wirklich zu einem Großkampftag gegen das Erwerbslosenelend, gegen das gesamte kapitalistische Hungerregiment zu machen!

Schwartzkopff wählt rot

Berlin, 5. März 1930.

Gestern fand eine Betriebsversammlung von Schwartzkopff, Scheringstraße statt, die sich mit den kommenden Betriebsratswahlen beschäftigte.

Die Belegschaft beschloß die Aufstellung einer roten Betriebsratsliste und wählte zu diesem Zwecke einen Wahlausschuß, in dem auch ein Erwerbsloser zum Zwecke der festen Einheitsfront von Betrieb und Stempelstelle vertreten ist. Im Verlaufe der Versammlung wurde unter dem heftigen Protest der Arbeiter die Mitteilung gemacht,

daß Zörgiebel die polizeiliche Besetzung der Berliner Großbetriebe am 6. März angekündigt hat.

Die Kollegen gelobten, mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln gegen jeden Versuch der Betriebsbesetzung durch die Polizei zu kämpfen.

Nazis für Kurzarbeit

Sie decken die Maßregelung der BVG.-Arbeiter durch Brolat

Die Nationalsozialisten leisten nicht nur aktiv Streikbrecherdienste, was sie während des Berliner **Taxichauffeurstreiks** zur Genüge bewiesen haben, sie sind auch Fürsprecher der Nationalisierung und Massenentlassungen, sie befürworten Feierschichten und Kurzarbeit. So helfen sie der Bourgeoisie die Lasten des Young-Planes durch verstärkte Ausbeutung auf die Arbeiter abzuwälzen.

Hunderte von Berliner Verkehrsarbeitern wurden von dem sozialfaschistischen Direktor Brolat gemaßregelt, weil sie sich hinter den Arbeiterrat stellten und Feierschichten ablehnten. Das veranlaßt den „Völkischen Beobachter“ zu schreiben:

„Der rein kommunistisch eingestellte Arbeiterrat hatte in unverständlicher Weise (!) sich gegen die Arbeitszeitverkürzung, die für alle Arbeiter und Angestellten eine Lohnkürzung von wöchentlich 5 Mark (!!) bedeutet hätte, Einspruch erhoben ...“

Arbeiter, zeigt das euren Kollegen und enthüllt die konterrevolutionäre Fratze der Hakenkreuzler, die mit den Sozialfaschisten gemeinsam gegen die Arbeiter Hand in Hand arbeiten!

Neue Stahlvereins-Gründung

In Düsseldorf ist von den Beherrschenden des Stahlvereins, Flick und Thyssen, die Ruhrstahl-AG. gegründet worden. Sie soll eine Reihe von Hütten und Walzwerken, zunächst die Hennrichshütte, die Rheinisch-Westfälische Stahl- und Walzwerks-AG. sowie das Gußstahlwerk Witten aufnehmen. Neue großzügige Nationalisierungsmaßnahmen, verbunden mit Betriebsstillegungen und Massenentlassungen sind geplant.

Praktischer Kampf des KJVD. gegen pfäffische Kriegshetze

Die Treptower Jungkommunisten benützten am Sonntag die Gelegenheit der Grundsteinlegung einer evangelischen Kirche, um den Pfaffen eine Antwort auf ihre Kriegshetze zu erteilen. Sonntags früh, gerade gegenüber der Pfaffenkanzel, stand an einem Zaun in riesigen Buchstaben: „Nieder mit dem Pfaffengesindel!“ **„Geld für die Kirche — Gummiknüppel für die Hungernden!“** Der Pfaffe ließ den Zaun sofort in seiner ganzen Länge übermalen und Plakate mit der Aufschrift: „Achtung, frisch gestrichen, dieser Zaun wurde von Kommunisten beschmiert!“ versehen. Unglücklicherweise für den Pfaffen gaben die Parolen, die trotz der Uebermalung klar zu lesen waren, den gewünschten Anlaß zur Diskussion. Als die Jungkommunisten die Rede des Pfaffen mit Zwischenrufen unterbrachen, alarmierte er die Polizei, die die Straße mit dem Gummiknüppel säuberte. Vierzig uniformierte Stahlhelmer und Nazis, die zur Grundsteinlegung erschienen waren, verhielten sich angesichts der geschlossenen [illegible] der Arbeiter ungewöhnlich ruhig.

Prag, 4. März. Die beiden **letzten** deutschen [illegible] der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei [illegible] „Internationale“ und der „Kämpfer“ sind auf vier Wochen verboten worden.

Im Kreissekretariat der Kommunistischen Partei in Prerau (Mähren) wurden Haussuchungen vorgenommen.

Massenprozeß gegen jugoslawische Revolutionäre

Belgrad, 4. März. Vor dem faschistischen Sondertribunal begann der Prozeß gegen 29 Arbeiter und Intellektuelle aus Belgrad, die seit August 1929 in der berüchtigten Glawnjatscha saßen. Sie sind der **Verteilung kommunistischer Flugblätter** und der **Mitgliedschaft** der Belgrader Ortsorganisation der Kommunistischen Partei Jugoslaviens angeklagt. Die Anklage stützt sich hauptsächlich auf die mit **gräßlichen Folterungen** erpreßten „Aussagen" und auf polizeiliche Angaben. Zwei Verhaftete von der Gruppe, die nunmehr vor dem mörderischen Sondertribunal der blutigen militärfaschistischen Diktatur steht, wurden von den Bluthunden des Regimes einige Tage nach ihrer Verhaftung, im August 1929, **ermordet.** Diese Ermordung wird als eine der Hauptursachen angesehen, warum die Regimepresse **über das Abhalten des Prozesses vollkommen schweigt.**

Durch das Totschweigen dieses Monsterprozesses will das Regime das Erscheinen der Berichterstatter ausländischer Zeitungen am Prozeß verhindern, und zwar aus dem Grunde, weil es nicht zu verhüten ist, daß die Angeklagten bei der Verhandlung über die bestialischen Folterungen sprechen, denen sie sieben Monate lang in den Belgrader Kasematten ausgesetzt waren.

Die einjährige Bilanz des faschistischen Sondertribunals, vor dem die 29 Revolutionäre jetzt stehen, lautet: **42 Prozesse, in denen 146 Personen abgeurteilt wurden, zwei zum Tode und 144 zu insgesamt 644,5 Jahren Zuchthaus.** Die Angeklagten und alle Werktätigen wissen, was sie von dieser Mördermaschine zu erwarten haben: **langsame Hinrichtung in den Höllenlöchern der Kasematten.**

Das jugoslawische Proletariat erwartet, daß die internationale Arbeiterschaft ihre Stimme zum Protest erhebt.

Streiks und Solidaritätskämpfe in Frankreich

Paris, 3. März. Die **Pariser Fliesenleger,** die vor drei Tagen in den Streik getreten waren, haben heute die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem die Unternehmer ihnen eine **Lohnerhöhung von 15 Prozent** zubilligten. Der Streik stand unter **Führung der revolutionären Gewerkschaft.**

In **Le Havre** sind die Kohlenarbeiter und Kohlentrimmer in den Streik getreten. Um ihrer Solidarität mit den Hafenarbeitern Ausdruck zu verleihen, haben alle **Erdarbeiter** von ganz Le Havre während einer halben Stunde **die Arbeit niedergelegt** und an den Baustellen **Kundgebungen** veranstaltet.

In Moiraus hatte der Ortsausschuß der revolutionären Gewerkschaften zu einem 24stündigen Solidaritätsstreik aufgerufen. Die Arbeiterschaft ist dem Rufe am Sonnabend zu 100 Prozent gefolgt. Am Nachmittag fand eine Demonstration statt, an der 3000 Personen teilnahmen, die unter den roten Fahnen marschierten.

Das „MG." in der Kaserne

Wir entnehmen unserem Wiener Bruderblatt, der „Roten Fahne" folgende Zeilen:

„Das „Weltblatt" berichtet in größter Aufregung:

„Während die Behörden bestrebt sind, Klarheit in diese Angelegenheit zu bringen, wurden in der Nacht zum 26. v. M. in sämtliche Kasernen Stockerau neuerlich Flugzettel geschmuggelt.

Trotz strengster Kontrolle durch die Torposten fand man in den Mannschaftsunterkünften ungefähr 200 Exemplare dieser zweiten Flugschrift, so daß man unbedingt damit rechnen muß, daß auch einzelne **Angehörige des Bundesheeres** in diese Affäre verwickelt sind.

In der neuen Flugschrift wird höhnisch darauf hingewiesen, daß die erste Flugschrift sehr gewirkt hat und daß die „Revolutionäre Soldatengruppe" weitere Aktionen ankündigt."

Bekanntlich sind in der vergangenen Woche in Stockerau eine Anzahl Soldaten wegen kommunistischer Propaganda verhaftet worden, nachdem in sämtlichen Räumen Zersetzungsmaterial, insbesondere die Zeitung der revolutionären Soldatengruppe „M. G.", gefunden worden war.

Straßenschlachten in Rumänien

Erwerbslose und Betriebsarbeiter demonstrieren trotz Verbots — Rathaus gestürmt

Bukarest, 4. März. In allen größeren Städten fanden am Sonntag und Montag Massenaufmärsche der Arbeiterschaft statt. Die Polizei hatte überall ihre gesamte Truppenmacht aufgeboten, um diese Demonstrationen zu verhindern. Es gelang ihr nirgends, die Massen zurückzudrängen. Trotz der Prügelattacken der Bürgerkriegsgarde, trotz wilder Schießerei und Verhaftungen wich die Menge nicht zurück.

Zu besonders schweren Zusammenstößen kam es in Jassy. Dort wurden **acht Gendarmen** von den Demonstranten verletzt, darunter einige schwer. Die Behörden verhafteten am späten Abend wahllos 44 Arbeiter, die mit den Vorgängen gar nichts zu tun hatten. Zum Zeichen des Protestes wurden die Aufmärsche am Montag fortgesetzt.

In Ploesti stürmten Erwerbslose und Arbeiter das Bürgermeisteramt. Die Polizei erwies sich als unfähig, die Kundgebungen zu verhindern.

Heraus zum Internationalen Frauentag am 8. März!

Die Frau in den Kollektivwirtschaften der Sowjet-Union

Die richtige und feste Politik der Sowjetmacht, die das Bündnis der Arbeiterklasse mit den Landarbeitern sowie den Klein- und Mittelbauernmassen durch die Produktionshilfe untermauert, hat im Dorfe eine Umwälzung allergrößten Stils zuwege gebracht. Die Kollektivwirtschaftsbewegung, die Millionen Klein- und Mittelbauern erfaßt hat, verwandelt die zersplitterten einzelnen Kleinbetriebe in vergesellschaftete Großbetriebe.

Die weiblichen aktiven Elemente stehen bei der Arbeit im Dorfe in den ersten Reihen, führen unsere Maßnahmen durch, bekämpfen den Großbauern aktiv.

Die grundlegenden praktischen Aufgaben auf diesem Gebiet sind: eine vom Klassenstandpunkt eingegebene Erziehung der breiten Massen der Kollektivwirtschaftlerinnen, ihre Ausbildung in den Kenntnissen der landwirtschaftlichen Produktion und die Schaffung neuer Arbeits- und Lebensbedingungen der Kollektivwirtschaftlerinnen.

In den Kollektivwirtschaften werden die **Bäuerinnen** in ziemlich großem Umfang zur Ausübung von Arbeiten als **Traktorenführerin,** zur Zusammenstellung und Zerlegung der Maschinen während der Aussaat, zur Arbeit an den Reihen-Sämaschinen und zur Arbeit an anderen ähnlichen Arbeitsprozessen herangezogen, die früher als unveräußerliches Arbeitsgebiet der Männer galten.

Die Molkereigenossenschaft hat z. B. eine ganze Reihe von Maßnahmen getroffen, die das Niveau der produktionstechnischen Kenntnisse der Kollektivwirtschaftlerinnen heben. Von den Molkereigenossenschaften wurden 1928/29 über 450 **Molkereizirkel** organisiert, die bereits von 11 250 **Hörerinnen** absolviert worden sind. In diesem Jahre wurden noch 300 Zirkel organisiert.

Die Kollektivwirtschaftlerinnen werden herangezogen zu den **organisierten Wettbewerben** über Steigerung des Milchertrages im Betriebe, der Aufzucht von Jungvieh, wobei Ausstellungen veranstaltet werden, auch über alle anderen Errungenschaften der Kollektivwirtschaftlerinnen, der Führung der Molkereiwirtschaften usw. Die Flachszuchtgenossenschaften stellen sich die Aufgabe der **Ausbildung von Flachssortiererinnen** aus der Reihe der Kollektivwirtschaftlerinnen. In **Mittelasien** werden für die Bäuerinnen Kurse und **Konferenzen über Seidenraupenzucht** veranstaltet.

Die Beteiligung der Kollektivwirtschaftlerinnen an den **agrotechnischen** und **produktionstechnischen Beratungen** ist ebenfalls eine Methode, die im Massenumfang zur Erzielung einer bewußten Einstellung gegenüber der Produktion beiträgt.

Die **Delegiertinnenversammlungen** der Bäuerinnen werden zur Basis dieser ganzen Arbeit.

Das Volkskommissariat für Bildungswesen, das Volkskommissariat für Gesundheitswesen und die Organisationen „Narpit" (Volksernährung) treffen augenblicklich Anstalten, um der Kollektivwirtschaftlerin bei der **Kollektivierung der Lebensgestaltung** zu Hilfe zu kommen. Das ist absolut notwendig, da in der Kollektivwirtschaft bei einer Vergesellschaftung der Arbeit **die Frau von den Sorgen der Haushaltung und der Kindererziehung befreit werden muß.**

Der Aufbau von Einrichtungen zur Vergesellschaftung der Lebensgestaltung in den Kollektivwirtschaften macht trotz einer Reihe von Schwierigkeiten — Mangel an Räumlichkeiten und Mitteln für Bildungszwecke, leitende Kräfte usw. — dennoch rasch Fortschritte, und es ist aller Grund zu der Annahme vorhanden, daß schon in der allernächsten Zeit Erfolge erreicht werden, die wieder die ganze Welt in Erstaunen versetzen.

Streik der Jutearbeiter in Indien

Kalkutta, 4. März. Der Vorsitzende der Indischen Gewerkschaft der Jute-Arbeiter hat eine Erklärung herausgegeben, daß alle Verhandlungen mit dem Unternehmerverband zu keinem Resultat geführt haben und die Jutearbeitergewerkschaft daher vom 5. März ab **in den Streik** eintritt, um ihre Forderungen durchzusetzen.

1 Million Arbeitslose in Japan

London, 4. März. Die Arbeitslosigkeit in Japan steigt beträchtlich an und wird selbst nach amtlichen Meldungen in aller Kürze die **erste Million** erreicht haben. Die Zahl der Schließungen von Fabriken und Geschäften nimmt ständig zu. Bei Beendigung der Aufbauarbeiten in den Erdbebengebieten Ende März werden weitere Hunderttausende von Arbeitern erwerbslos. Die Regierung steht der wachsenden Flut von Elend und revolutionären Erhebungen ohnmächtig gegenüber.

Die Werbekampagne der KP. der USA.

Neeneuzork, 3. März. Die Werbekampagne der KP. der USA. hat bisher **5400 neue Mitglieder** für die Partei gebracht, darunter **900 Negerarbeiter.** Im Verlaufe der Kampagne konnten **64 Betriebszellen** neugegründet werden. In 49 Betrieben wurden zum erstenmal Betriebszeitungen herausgebracht. Für das Zentralorgan der KP., den „Daily Worker", wurden 600 neue Abonnenten gewonnen.

Schluß

Der schwarze Willi wischte mit einem Lappen über den Ladentisch. Er wartete noch ein wenig. Bei Vater Hübner wußte man nie genau, ob noch etwas hinterher kommt.

„Tja..., Vater Hübner...," antwortete er schließlich, „is schwer zu sagen ... bloß ick denke mir, wenn et am nächsten Mittwoch Blut gibt ... denn werden det wohl die Herren da oben so gewollt hab'n... sonst würden se et ja am Ende mit det Verbot nich so gemacht hab'n..."

Der Alte schüttelte leise mit dem Kopf.

„Nee..., nee, Willi, ... ich gloob es noch nich! So alt wie ich heute bin, habe ick jeden 1. Mai gefeiert und bin seit vierzig Jahren, solange wie ick organisiert bin, uff die Straße gegangen."

„Willi ... ick weeß et noch, als wir 1890 zum erstenmal am 1. Mai, 'nen roten Schlips und de Nelke in't Knopploch, hier in Berlin demonstriert haben. Draußen an' Landsberger Tor. Da hab'n se vor Schreck gleich den „Verband Berliner Metallindustrieller" gegründet gegen die Maidemonstration... Der hat der Polizei nachher 3000 Mark für „geleistete Dienste" gegeben, weil se so schön blank gemacht haben gegen uns.

Hat aber nischt geholfen..."

Einen Augenblick schwieg er, als wenn er angestrengt über etwas nachdachte.

„Willi ... ob se ... nach'n Mittwoch den Polizeipräsidenten von Berlin ... ooch Geld dafür geben werden ... Willi ...??!!"

Und plötzlich spuckte Vater Hübner — was er sonst nie tun würde — er spuckte mitten in die Stube ...

Seine mageren zitternden Finger preßten sich um den Stockgriff, daß die gichtigen Gelenke weiß wurden.

„Ick aber nich ... Willi ... ick bleibe nich zu Hause," stieß er mit gänzlich veränderter, erregter Stimme hervor. Dann erhob er sich schwerfällig, warf zwei Groschen auf den Tisch, schob ein wenig an der Mütze und ging humpelnd und wortlos aus dem Lokal ...

Donnerlüttchen! Der Alte war ja mächtig hoch. Der schwarze Willi sah ihm ganz verblüfft nach. So hatte er den Alten noch nie gesehen. Na ja ... Recht hatte er schon. Vater Hübner hatte sich erst 1923 nach der blutigen Niederschlagung des mitteldeutschen und Ruhraufstandes entschlossen, aus der SPD. auszutreten und sich in der Kommunistischen Partei zu organisieren. Schließlich war es keine Kleinigkeit, wenn man 30 Jahre einer Partei angehörte, die heute den Mann stellt, der den 1. Mai mit Polizeigewalt verbieten will ...!

Wütend schmiß er den Wischlappen unter den Tisch. Was, wenn der Alte tatsächlich recht behalten würde? Es wäre bei Vater Hübner nicht das erstemal, der hat schon manchmal vorher mehr gewußt als die jüngeren Genossen. „Schweinebande, verfluchte ...," knurrte er und ging schlürfend nach hinten, um den kleinen Saal für die Sitzung zurecht zu machen.

Die 145. Straßenzelle.

1.59 Mark Tagelohn

Berliner Künstler

(Schauspielerkorrespondenz.)

Es soll hier nicht die Rede sein von den Gagen der Stars, die 1500 bis 2000 und 3000 Mark für den Abend bekommen. Obgleich auch darüber manches zu sagen wäre. Auch nicht von den wenigen Schauspielern, die das Glück haben, in Berlin ein sicheres Engagement zu haben. Es soll von denen gesprochen werden, die jung (oder auch alt), doch arbeitshungrig und tatendurstig in Berlin im Schauspielerheim oder auf der Börse herumsitzen und sehnsüchtig darauf warten, irgendwo und irgendwann mal zu spielen und sich etwas zu der kleinen Erwerbslosenhilfe hinzuzuverdienen. Da gibt es einige Piraten der Kunst, die diese Notlage (geistige und materielle) gut auszunutzen verstehen. Sie spielen in den Vorstädten Berlins oder auch etwas weiter davon entfernt und veranstalten unter irgendeinem hochklingenden Namen Gastspiele „Berliner Künstler", bei deren Anpreisung nur das wahr ist, daß sie aus Berlin kommen. Sie spielen alte und neue Stücke und denken sicher nicht daran, Tantiemen zu zahlen. Sie bieten den Schauspielern Honorare von 8, höchstens 10 Mark, und die Schauspieler sind froh, mal wieder arbeiten zu dürfen, denn in keinem anderen Beruf gilt so das Sprichwort: „Rast ich, so rost ich". Auch wirkt sich die materielle Not (die fürchterlich ist, wenn man dahinterschaut), doch noch nicht so schlimm aus wie die Not des „Nichtarbeitenkönnens".

So erschreckend klein die Honorare von acht und zehn Mark sind, so könnte man ja denken, es ist immer noch besser als nichts. Aber es sind ja nicht mal acht bis zehn Mark, die verdient werden. Zu jedem Stück, das meist nur eine einzige Aufführung erlebt, kommen vier bis fünf Personen hinzu, für die nichts gezahlt wird. Die Schauspieler müssen die Fahrkosten bezahlen, müssen auf den langen Proben, die meistens in irgendeinem Bierlokal abgehalten werden, etwas verzehren. Berechnen wir für die Probe eine Dauer von drei Stunden (diese Zahl ist eher viel zu niedrig gegriffen), dann für die Vorstellung auch drei Stunden, so verdient der Schauspieler pro Stunde ungefähr 53 Pfennig, oder da wir drei Stunden Arbeitszeit rechnen, 1,59 Mark für den Tag. Selbst diese Zahl ist noch zu hoch gegriffen, da er ja nicht jeden Tag das Geld verdient, auch weder die Fahrkosten zu den Proben, die vom Honorar ja abgehen, noch die Zeit der Fahrt zur Vorstellung einberechnet sind. Ganz zu schweigen von der Arbeit, die der Schauspieler zu Hause mit dem Lernen und Ausarbeiten der Rolle zu leisten hat.

Andere wälzen das Risiko auf die Schauspieler ab. So spielt in Gransee ein Direktor (er steht auf der Warnungsliste der Genossenschaft). Wer bei dem spielen will, muß nachweisen, daß er das Geld für die Fahrt, das Geld für Uebernachten und was alles drum und dran hängt, hat. Bei seinem letzten „Gastspiel" waren die Ausgaben um das Doppelte höher als die Einnahmen. Die Darsteller bekamen nicht nur nichts für die Aufführung und Proben, sondern mußten noch alle gehabten Unkosten selbst bestreiten.

Rund um den Erdball

Düsseldorfer Mörder in Holland?

Zwei Krankenschwestern überfallen — Eine ermordet — Zörgiebel beschlagnahmt „Mörderbrief" bei Magnus Hirschfeld

Bei einem Spaziergang durch den Wald bei Bennekom wurden zwei Krankenpflegerinnen von einem Unbekannten angesprochen. Als die beiden Mädchen sich ihm gegenüber schroff zeigten, stach er mit einem Messer auf sie ein. Einem Mädchen gelang es, zu entfliehen, nachdem es stark blutende Stichwunden an den Armen davongetragen hatte. Als sie kurze Zeit später mit Polizeibeamten zurückkehrte, fand sie ihre Freundin tot auf. Sie war durch Stiche mit dem Messer in den Rücken ermordet worden.

Als Täter hat die holländische Polizei einen gewissen Jan Hoek verhaftet, der als Reisender in Nähmaschinen holländische Landgegenden bearbeitet und der bereits vor fünf Jahren wegen eines Sittlichkeitsverbrechens verurteilt worden war.

Die bürgerliche Presse, die die Unfähigkeit der Polizei in bezug auf die Entdeckung des Düsseldorfer Massenmörders verdecken will, bringt

den Mord an der holländischen Krankenschwester in Verbindung mit dem Düsseldorfer Scheusal.

Sie behauptet, daß nach dem Mord an der Hausangestellten Ida Reuter in Düsseldorf gewisse Spuren von Düsseldorf nach Rotterdam führten, wo sie verloren gingen. Diese geschwätzige Behauptungen, wofür absolut keine stichhaltigen Beweise vorliegen, ist natürlich mit größter Vorsicht aufzunehmen.

Briefe beschlagnahmen natürlich leichter als Mörder fangen

Wie wir bereits gestern meldeteten, hat unser Düsseldorfer Bruderblatt, die „Freiheit", den „Mörderbrief" zur Prüfung an den bekannten Sexualforscher Magnus Hirschfeld in Berlin gesandt, da sie es im Interesse der Aufklärung der scheußlichen Verbrechen nicht für ratsam hielt, den Brief der Düsseldorfer Polizei auszuhändigen. Befürchtete sie doch mit Recht, daß die Düsseldorfer Bürgerkriegspolizei der Oeffentlichkeit vorenthalten würde. Nunmehr hat Zörgiebel seinem bedrängten Düsseldorfer Kollegen aus der Patsche geholfen,

indem er trotz Einspruchs von Sanitätsrat Hirschfeld den Brief beschlagnahmte, versiegelte und der Düsseldorfer Staatsanwaltschaft übersandte. Sanitätsrat Hirschfeld wird gegen diese brutale Polizeiwillkür gerichtlich vorgehen.

Hinsichtlich der Echtheit des ihm von der „Freiheit" übersandten Briefes erklärt Magnus Hirschfeld gutachtlich, daß „trotz der vielen entgegenstehenden Anzeichen es nicht völlig ausgeschlossen erscheint, daß der Schreiber zu den Mordtaten in irgendwelchen, wenn auch nur entfernten Beziehungen stehen kann".

Ueberall Mucker und Sittlichkeitsschnüffler

Die Mieslinge und Astlochgucker des englischen Puritanismus haben es glücklich durchgebozt, daß den Telephonistinnen in den englischen Postämtern während der kommenden heißen Sommermonate das Tragen von ärmellosen Kleidern streng verboten wird. Sie dürften nach der neuen Verfügung des englischen Postministers ihren Dienst nur dann versehen, wenn sie über die verbotenen ärmellosen Kleider sogenannte „Aermlinge" überziehen. Ob die armen Mädels bei ihrem anstrengenden Dienst in der drückenden Sommerhitze sich in ihrem Panzer halbtot schwitzen, ist dieser „christlichen" Heuchlersippschaft gleichgültig. Ihnen kommt es nur darauf an, daß ihrer durch und durch verlogenen Moral Genüge geschieht.

Doch die Telephonistinnen wollen in einmütiger Geschlossenheit gegen dieses hinterlistige Attentat auf ihre Menschenwürde ankämpfen. Wir sind sicher, daß die klassenbewußte Arbeiterschaft Englands die Kampagne der Telephonistinnen unterstützen wird und den englischen Postminister der sozialfaschistischen „Arbeiterregierung" nachdrücklichst darauf hinweisen wird, daß er sich mehr um die Verbesserung der Lebenslage der Telephonistinnen bekümmern sollte, als um die Bedeckung ihrer nackten Arme.

Trotz Massenerwerbslosigkeit Kölner Karnevalrummel

Während 3½ Millionen Erwerbslose in Deutschland nicht wissen, wo sie das Allernotwendigste zum Leben hernehmen sollen, amüsiert sich die „fromme" rheinische Bourgeoisie auch dieses Jahr wieder im tollen Taumel des Karnevalrummels. Besonders im schwarzen Köln, der Hochburg des Katholizismus, geht es hoch her. Wein und Sekt fließen in Strömen und keiner von den Narren und Gecken denkt an die entsetzliche Not des Massenerwerbslosenheeres.

Abseits von diesem Taumel und unberührt davon organisiert die revolutionäre Arbeiterschaft Kölns und des ganzen Rheinlands wie überall in der Welt zum 6. März die mächtigen Kundgebungen zum Welterwerbslosentag.

Unser Bild zeigt den Popanz des diesjährigen Karnevalszuges, den sogenannten Prinz Karneval, wie er sein Narrenzepter über die ihm zujubelnde Idiotenmenge schwingt.

Münchener Erwerbslose gegen den Karnevalsrummel

Durch das wüste und ausschweifende Karnevalstreiben der Münchener Bourgeoisie und des Kleinbürgertums aufs äußerste gereizt, organisierte am Montag abend das große Heer der Erwerbslosen eine wirkungsvolle Kundgebung gegen diesen aller Massennot hohnsprechenden Rummel. Straßenbahnwagen mit Narren, die zu den Veranstaltungen fahren wollten, wurden aufgehalten. Das Ueberfallkommando hieb mit brutalen Gummiknüppelhieben die Demonstrierenden auseinander, stieß aber dabei auf den tatkräftigsten Widerstand der Erbitterten, wobei den Schutzleuten die Helme von den Köpfen geschlagen wurden. Auf der Polizeistation in der Löwengrube, wo mehrere Verhaftete eingeliefert worden waren, kam es dann später noch einmal zu einer gewaltigen Kundgebung der Erwerbslosen. Erst gegen Mitternacht gelang es der Polizei, die „Ruhe", also das maßlose Narrentreiben, wieder herzustellen.

Blutige Zusammenstöße in Spanien

Madrid, 27. Februar. In Vich ((Departement Barcelona) veranstalteten heute die Arbeiter Demonstrationen gegen die Willkürmaßnahmen der Stadtverwaltung. Auch vor dem Gebäude der faschistischen Partei sammelte sich eine große Menschenmenge. Herbeieilende Gendarmen schossen gemäß der Anweisung des neuen Diktators Berenguer, mit aller Strenge gegen Kundgebungen vorzugehen, sofort in die Menge. Eine Person wurde getötet, zwei weitere schwer verletzt. In der Bevölkerung herrscht kolossale Erregung. Die Behörden haben Polizeiverstärkungen angefordert.

Mord und Selbstmordversuch

Während am Rosenmontag ganz Köln auf den Beinen war, um den Karnevalsrummel mitzumachen, erschoß ein 25jähriger verheirateter Mann, Vater von zwei Kindern, auf offener Straße ein Mädchen, zu dem er Beziehungen unterhalten hatte. Dann versuchte er, durch einen Schuß in die Herzgegend Selbstmord zu begehen. Er brachte sich eine lebensgefährliche Verletzung bei. Als Grund der Tat wird angegeben, daß der Mann keine Möglichkeit sah, die Erschossene zu heiraten.

Die menschliche „Kanone" verunglückt

Der im deutschen Zirkus Gleich, der zur Zeit in Florenz in Italien gastiert, auftretende deutsche Artist Oppelmann, dessen Trick darin bestand, sich aus einem Kanonenrohr herausschießen zu lassen, hat bei der letzten Vorstellung einen schweren Unfall erlitten. Nach seiner Landung in dem ausgespannten Netz stellte man fest, daß er eine lebens[illegible]liche Stauchung der Wirbelsäule davongetragen hatte.

Sommer auf Island

Reykjavik, die Hauptstadt von Island, meldet, daß in den letzten Tagen über das isländische Hochland eine außergewöhnliche Wärmewelle hinweggegangen ist, die große Ueberschwemmungen zur Folge hatte. In Südwestisland mußten die Bewohner verschiedener Bauernhöfe mit Booten gerettet werden. Zahlreiche Pferde und Schafe sind ertrunken.

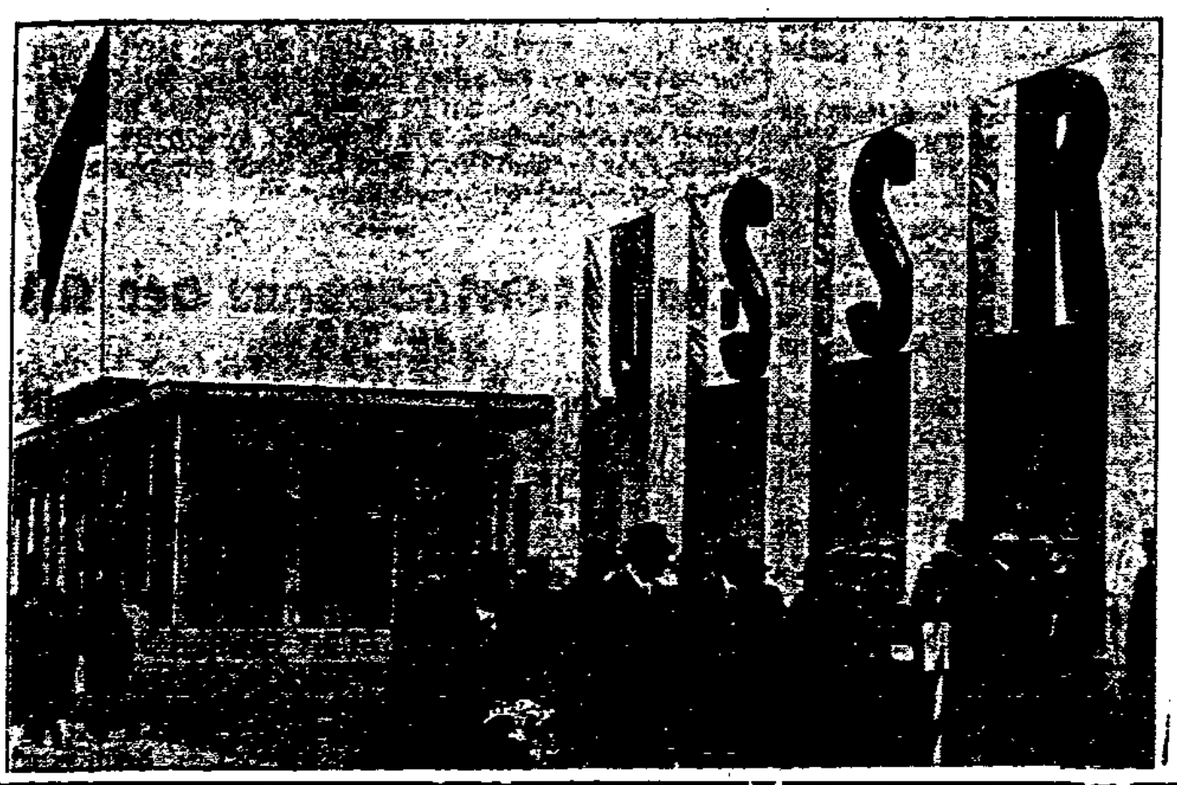
Raubüberfall auf eine Stationskasse

Unter vorgehaltenem Revolver drangen am Montag abend zwei maskierte Räuber in den Dienstraum des Bahnhofs Ottenhausen bei Trier ein und plünderten die Fahrkartenschalterkasse, in der sich allerdings nur 87 Mark befanden. Vorher hatten die Maskierten, um eine Verständigung mit der Nachbarstation zu verhindern, die Fernsprechleitung zerschnitten. Es gelang ihnen, spurlos in der Dunkelheit zu entkommen.

Neue Fluglinie in der Sowjetunion

In diesem Frühjahr wird in der Sowjetunion eine neue Fluglinie eröffnet, die dem Passagierverkehr zwischen Moskau und Nowosibirsk dienen soll.

Stand der USSR. auf der Leipziger Messe



Größte Beachtung findet auf der Leipziger Messe der Ausstellungsstand Sowjetrußlands, wo in äußerst übersichtlicher Weise die mannigfaltigen Produkte der Arbeit gezeigt werden, deren Nutzwert nicht den Kapitalisten, sondern der Arbeiterbevölkerung Sowjetrußlands zufließt.

Riesige Ueberschwemmung in Südfrankreich

50 Todesopfer — 600 Arbeiter durch die Fluten abgeschnitten — Masseneinsturz von Häusern und Brücken

Eine Ueberschwemmungskatastrophe von ungeheurem Ausmaße hat das Tarn-Gebiet in Südfrankreich heimgesucht. 50 Menschen sollen nach den letzten Berichten bei dieser Ueberschwemmung ihren Tod gefunden haben. Da das Hochwasser des Tarn ständig steigt, ist mit noch schlimmeren Verheerungen zu rechnen.

Nach Funkmeldungen aus der Stadt Montauban, die von allen Seiten vom Verkehr abgeschnitten ist, hat das Hochwasser in der Nacht zum Dienstag einen Stand erreicht, wie solcher seit dem Katastrophenjahr von 1875 nicht zu verzeichnen war. Ein ganzes Stadtviertel von Montauban und zahlreiche Bauernhäuser in der Umgebung stehen unter Wasser. In vielen Stadtvierteln sind Häuser eingestürzt, andere sind dem Einsturz nahe.

Von den Soldaten, die bei den Rettungsarbeiten mitgewirkt hatten, fehlten zehn beim Appell. Man befürchtet, daß sie bei den Rettungsarbeiten ertrunken sind.

Montauban hat gegenwärtig weder Trinkwasser noch Gas. Ein Automobil stürzte, als es eine Brücke passierte, infolge des plötzlichen Einsturzes dieser Brücke in die Fluten. Die Insassen ertranken.

Die bei Toulouse gelegene Ortschaft Villemour am Tarn ist durch Hochwasser vollkommen vom Verkehr abgeschnitten.

Dort sitzen in einer Fabrik, wie auf einer rings von Fluten umgebenen Insel, 600 Arbeiter fest.

Zwei Hängebrücken sind weggespült worden. In der Umgebung von Alby sind drei Brücken eingestürzt, wobei drei Personen ums Leben kamen. Bei Carcasonne ist der Berriac-Tunnel infolge der anhaltenden Regengüsse eingestürzt. Die Reisenden werden mit Postautos weiterbefördert.

Am Zusammenfluß der Aare und des Agout ist ebenfalls eine ungeheure Ueberschwemmung eingetreten. Die Ortschaft Castres steht ganz unter Wasser.

Drei einstürzende Häuser begruben zahlreiche Personen unter ihren Trümmern.

20 Tote werden allein aus diesem Orte gemeldet. Militär und Feuerwehren sind in weitestem Maße zu Rettungsarbeiten eingesetzt worden.

Breslau

Das Stempellied

Leben ist jetzt ein Vergnügen
Hier auf dieser schönen Welt;
Ist der Ausweis uns gestempelt,
Dann erhält man auch sein Geld.

Warum soll man da noch schuften,
Wenn das Nichtstun wird bezahlt?
Mögen Dumme schwitzen, pusten,
Ob es warm ist oder kalt.

Darum, liebe Stempelbrüder,
Macht euch keine Sorgen mehr:
Pflicht des Staates ist's, zu sorgen
Für den Stempelpensionär.

Dieses „Lied" ist der „Arbeitgeberzeitung" entnommen. Man müßte einfach seinem Verfasser dafür ein paar in die Schnauze schlagen. Diese Bande, die sich vor Vollgefressenheit kaum noch bewegen kann, die nicht weiß, auf welche Art sie ihre gefüllten Brieftaschen am besten leeren kann, die von einem Genuß zum anderen jagt, wagt es in dieser unverschämten Weise, die Erwerbslosen und ihr trauriges Dasein zu verhöhnen. Diesem Pack, Arbeitslose, muß euer schärfster Kampf gelten. Der morgige 6. März ist der Tag, an dem ihr in Massen euern Willen bekundet, mit diesen Zuständen Schluß zu machen!

Wer täglich ein halbes Gramm zunimmt, ist gesund

Ein Arbeiter war wegen eines Lungenleidens um eine Rente eingekommen. Diese wurde von der Landesversicherungsanstalt mit folgender Begründung abgelehnt:

„1926 Rente abgelehnt, nur leichte Nervenschwäche und Neigung zu Bronchitis festgestellt. Auch jetzt kein Anhaltspunkt für aktive Lungentuberkulose. U. a. Gewichtszunahme um drei Kilo seit 1926."

Sechs Pfund in vier Jahren (!) zugenommen, fertig, basta: Gesund! Wobei noch zu beachten ist, daß der betreffende im Jahre 1926 in leichter Sommerkleidung und dieses Jahr in der weit schwereren Winterkleidung gewogen wurde. Wie gesund müßten nach der Theorie des solche „Gutachten" vertretenden Arztes jene Schmerbäuche sein, deren Leibesumfang fast zusehends anschwillt. Aber diesen Leuten gegenüber mit einer ähnlich oberflächlichen Begutachtung, das wagt man natürlich nicht. Wenn es sich um Arbeiter handelt, ja, da ist es etwas anderes.

Von den Keramischen Werken in Deutsch-Lissa

(Arbeiterkorrespondenz.)

Vor kurzem starb der Büroleiter des Betriebes. Der Betriebsrat Hermstein hatte nichts Eiligeres zu tun, als bei den Arbeitern eine Geldsammlung für einen Kranz zu veranstalten. Wir fragen: Wie stand es mit jener vor kurzem verstorbenen Arbeiterin, die 35 Jahre lang ihre Knochen bei dem Unternehmer gelassen hat? Es wurde weder eine Geldsammlung gemacht, noch reichte es knapp auf vier Träger. Ein zweiter Fall: Ein Arbeiter holte sich bei dem SPD.-Mann Gustav Hahn eine Auskunft über Steuerabzug ein. Er erhielt von demselben jedoch zur Antwort, daß er sich dafür „nicht interessiere". Der nun hinzukommende Betriebsrat Hermstein, der angefragt wurde, ob er hierüber Bescheid wüßte, wich der Frage mit einem „Nein" aus. Arbeiter, bedankt euch bei diesen Betriebs„räten". Gebt ihnen bei der kommenden Wahl die richtige Antwort. Wählt rote Betriebsräte!

Todesopfer einer Kohlenoxydgasvergiftung

Eine schwere Kohlenoxydgasvergiftung ereignete sich in der Wohnung der Witfrau Martha H. in Breslau-Lissa, Neumarkter Straße 24. Die Frau war bereits tot, während ein bei ihr wohnender Mann, der Arbeiter K., noch schwache Lebenszeichen von sich gab. Er wurde in das Allerheiligen-Hospital übergeführt. Bis jetzt ist er noch nicht vernehmungsfähig.

Kein Mord, sondern Selbstmord. Die Kriminalpolizei stellte fest, daß der Ackerkutscher Kühnert aus Hünern sich selbst die Kehle durchschnitten hat. Das Motiv liegt in einer Familienstreitigkeit. Beim Eintreffen des Arztes hatte der Tote das Rasiermesser, mit dem er sich die Kehle durchschnitt, noch in der Hand. Der Schnitt wurde mit solch furchtbarer Kraft geführt, daß der Kopf nur noch lose am Rumpfe hing.

Das Brot soll billiger werden. Wie die Bäcker-Innung Breslau mitteilt, ermöglicht die Lage des Mehlmarktes, daß die Brotpreise in allen brotherstellenden Betrieben Breslaus herabgesetzt werden. Mit Wirkung vom 6. d. M. kostet 1 Pfund Tafelbrot 18 Pf., das 4-Pfund-Brot 72 Pf.; 1 Pfund helles Brot 15 Pf., das 4-Pfund-Brot also 60 Pf. Vorausgesetzt, daß die Verbilligung überhaupt eintritt, muß man doch feststellen, daß sie so minimal ist, daß sie von jeder einzelnen der vielen Preissteigerungen der letzten Zeit schon lange im voraus wettgemacht worden ist.

Ueberholen gestattet. Der Polizeipräsident schreibt: Ich habe die Wahrnehmung gemacht, daß meine Anordnung hinsichtlich des versuchsweisen Ueberholens auf der Universitäts-, Sand- und Gneisenaubrücke durch Radfahrer noch nicht genügend Beachtung findet. Ich gebe daher hiermit nochmals bekannt, daß Radfahrer auf diesen drei Brücken überholen dürfen, jedoch nur in Richtung nach dem Stadtinnern und nicht zu Dritt. Das Ueberholen in entgegengesetzter Richtung ist weiter untersagt.

Die städtische Vollsberatungsstelle Karlsstraße 11 / Schloßohle 18 ist im Monat Februar von 2644 Personen, und zwar 1547 Männern und 1097 Frauen, besucht worden. Außerdem sind 109 Schriftsätze angefertigt und 67 fernmündliche Auskünfte gegeben worden. Die kostenlosen und unverbindlichen Beratungen erfolgen werktäglich in der Zeit von 8 bis 14 Uhr.

Tot in seiner Wohnung Trebnitzer Platz 4 aufgefunden wurde der Werkmeister Paul Sch. Der Arzt stellte Herzschlag fest.

Heute Mittwoch, 16 Uhr:

Rotes Kabarett für Erwerbslose

im Zentralballsaal / Gr. Programm

Eintritt 25 Pfennig. 11a

Siebzehnfacher „Hochverrat" der „Arbeiter-Zeitung"

Breslau, 5. März.

Wir haben vor einiger Zeit bereits das Vorgehen des Oberreichsanwalts gegen die „Arbeiter-Zeitung" angeprangert. Dieser Paragraphengeist hatte in seinem Eifer, der Bourgeoisie und ihrer sozialfaschistischen Regierung gefällig zu sein, eine direkte Hochverratskampagne gegen unsere Zeitung eingeleitet. Bereits Ende des vorigen Monats war unserem bisherigen verantwortlichen Redakteur, dem Genossen Thomas, eröffnet worden, daß gegen ihn die fünffache Anklage des Hochverrats erhoben worden sei. Gestern hatte unser Genosse eine nochmalige Vorladung vor dem Untersuchungsrichter des Reichsgerichts. In derselben wurde ihm mitgeteilt, daß er in weiteren zwölf Fällen unter Hochverratsanklage gestellt worden sei,

so daß also insgesamt 17 derartige „Verbrechen" zur Aburteilung kommen werden,

falls sich nicht ihre Zahl noch erhöhen sollte, was nicht überraschen würde, da der Oberreichsanwalt sich auch jetzt noch immer auf der Suche nach weiterem Anklagematerial befindet.

Die Aktion des Oberreichsanwalts gegen die „Arbeiter-Zeitung" ist ein Teil der unerhörten Terrorkampagne, die gegenwärtig gegen die Kommunistische Partei Deutschlands und ihre Presse geführt wird. Die unglaublichsten Konstruktionen hat das Reichsgericht zusammengebaut, nur um die fadenscheinige „Begründung" herauszubekommen, die es der ganzen Anklage beigefügt hat. Es ist mit den neuen Fällen eben so wie mit den ersten fünf: Wahllos hat man Artikel aus der „Arbeiter-Zeitung" herausgegriffen und einfach einige Stellen, die dem Reichsgericht nicht paßten, als Hochverrat bezeichnet. Besonders angetan haben es dem Oberreichsanwalt die Aufrufe zum politischen Massenstreik und unsere Enthüllungen über die Zustände in der Reichsmarine. Was die letztere Anklage anbelangt, so ist die Tatsache bezeichnend, daß der Abdruck eines Flugblattes, dessen Text wir mit Absicht einer sozialdemokratischen Zeitung entnommen hatten, in dem Augenblick zum Hochverrat werden soll, wo er in einer kommunistischen Zeitung erfolgt. Offensichtlicher kann der Klassencharakter der Justiz nicht dargelegt werden. Bei der sozialdemokratischen Zeitung ist der Abdruck eines solchen Flugblattes eine „durch den Aufgabenkreis der Presse bedingte Unterrichtung der Oeffentlichkeit", bei der kommunistischen Presse sind dieselben Worte — wir hatten sie ohne Kommentar widergegeben — Hochverrat! Und so etwas nennt man bei uns Pressefreiheit und Demokratie!

Wir wollen dem Oberreichsanwalt auch heute wieder das sagen, was er wohl jetzt schon selbst gemerkt hat: Daß er uns, und da mag er noch so viel Hochverratsverfahren produzieren, nicht unterkriegen wird. Wir haben in der Vergangenheit das gesagt, was wir für richtig hielten, wir sagen es heute noch und wir werden es auch in Zukunft sagen. Wenn uns noch etwas zum Beweise dafür, daß wir auf dem richtigen Wege sind, gefehlt hätte, der Oberreichsanwalt hat diesen Beweis für uns zweifelsfrei gemacht. Gerade seine wütende Aktivität zeigt uns, daß die kommunistische Bewegung zu einer immer drohenderen Gefahr für die kapitalistische Gesellschaftsordnung wird. Je unverhüllter aus dem Vorgehen des Oberreichsanwalts der Haß der besitzenden Klasse gegen uns, die politischen Führer der Besitzlosen, offenbar wird, um so selbstbewußter werden wir. Heute wagt niemand mehr zu sagen, wie es einst Severing in Schlesien tat, „die KPD. ist tot". Jeder merkt, und am deutlichsten kommt das wohl unseren den Kampf der Verzweiflung kämpfenden Gegnern zum Bewußtsein, daß die KPD. nicht nur lebt, heute und morgen, sondern auch dann noch, wenn auf dem Misthaufen der Geschichte bereits alle jene verendet sein werden, die die lächerliche Hoffnung haben, den endlichen Sieg der proletarischen Revolution verhindern zu können.

INTERNATIONALER FRAUENTAG

KUNDGEBUNG AM FREITAG, 20 UHR, IM ZENTRALBALLSAAL

Der Girokassen-Prozeß

Mu. Am zweiten Verhandlungstage wurde mit der Vernehmung der Angeklagten fortgefahren. Der Buchhalter Michallek, der die Reichsbankschecks auszuschreiben hatte, wehrte sich heftig dagegen, daß man ihn diese rein mechanische Tätigkeit besonders zur Last legen will. Nach seinen Bekundungen hat er immer nur auf Anweisung gehandelt und nicht gewußt, was mit den Schecks weiter geschah. Wenn ihm auch die sonderbare Verbuchung aufgefallen war, so habe er sich immer damit zufrieden gegeben, daß der Girokassenleiter Paul es so angeordnet habe. Bei diesem Punkt hakte auch Michalleks Verteidiger ein, indem er darauf hinwies,

daß die großzügige Hergabe von Krediten an Kunden der Girokasse bereits im Jahre 1924 durch einen Beamten zur Kenntnis der Direktion gebracht worden ist, die sich aber dann mit den beschwichtigenden Erklärungen des Paul zufrieden gegeben hätte.

Wenn das aber der Fall war — führte der Rechtsanwalt aus —, so mußte ein untergeordneter Angestellter sich erst recht dabei beruhigen. Es war überhaupt etwas merkwürdig, daß sich der Vorsitzende und auch die Sachverständigen so besonders eingehend mit dem Buchhalter Michallek befaßten, der damals in der Girokasse eine doch sehr bescheidene Rolle spielte. Weil in jener Zeit die Revisionsmaßnahmen in einer sehr leichtfertigen Weise durchgeführt wurden, soll hier, da der Hauptschuldige rechtzeitig gestorben ist, **anscheinend ein kleiner Angestellter zum Sündenbock gestempelt werden.**

Einen breiten Raum nahm die Vernehmung des Konditoreibesitzers Vogel ein, dem „Beihilfe zur Untreue" vorgeworfen wird. Vogel brauchte damals zum Umbau seines Cafés auf der Albrechtstraße Geld, und so wandte er sich an den ihm bekannten Stadtamtmann Paul, der es besorgen wollte. Der auf 30 000 Mark projektierte Umbau kam aber dann auf über 200 000 Mark, und Vogel, dem das Bauvorhaben anscheinend über den Kopf gewachsen war, ging in seiner Bedrängnis immer wieder zu Paul, der stets willig aushalf. Vogel will diese große Inanspruchnahme von Kredit als ganz ordnungsmäßiges Bankgeschäft angesehen haben. Da er sich als Handwerker bezeichnet, der von kaufmännischen Dingen keine Ahnung habe, wird es schwer sein, ihm das zu widerlegen. Die eigentliche Schuld liegt hier bei Paul, der so freigebig das Girokassengeld auslieh, so daß das Gericht sogar für möglich zu halten scheint, daß Paul vielleicht der Urheber des Umbauplanes des Cafés gewesen ist, sei es, um an dem Nutzen des vergrößerten Betriebes teilzuhaben, oder aus sonst irgendeinem Grunde. Vogel bestritt das. — Heute wird mit der Vernehmung der ersten Zeugen begonnen werden.

Vom Stempelgeld die rückständigen Mieten abgezogen

Die empörten Bergstraßen-Bewohner beim Magistrat

Motto: Wenn du aber gar nichts hast, ach, dann lasse dich begraben, denn ein Recht zum Leben, Lump, haben nur, die etwas haben.

Von der äußersten Not getrieben wurden am vorigen Wochenende zirka 40 Bewohner des Uebergangsheims Bergstraße beim Dezernenten des Wohlfahrtsamtes Tilgner vorstellig und forderten eine kleine Beihilfe, um für ihre Familien über den Sonntag hinweg Nahrung zu haben. Den betreffenden Familien war vom Magistrat neben der laufenden sogar die rückständige Miete vom Stempelgeld bzw. der Wohlfahrtsunterstützung abgezogen worden, so daß die Familienväter bis zu 26 Mark den Monat Abzug über sich ergehen lassen mußten und naturgemäß nicht in der Lage waren, ihre Familien mit dem verbleibenden Unterstützungsgeld zu ernähren; das um so weniger, als doch alle diese Familien über das Asyl gegangen sind und Möbel und Sachen eingebüßt haben und jetzt neue beschaffen mußten und müssen.

Nach stundenlangem Verhandeln wurden den Bedrängten verschiedene Versprechungen gemacht. „Es gehe „natürlich" nicht, daß die rückständige Miete vom Stempelgeld abgezogen wird, und „wir" werden das Nötige veranlassen, daß das nicht mehr geschieht." Ferner wurde ihnen „anheimgestellt", einzelne Gesuche einzureichen zwecks einer einmaligen Beihilfe. Auch wurde zugesagt, daß diese Gesuche beschleunigt behandelt werden sollten. Charakteristisch für den Dezernenten Tilgner, daß „Er" mit den Händen in der Tasche herumlam und ironisch sagte: „Na, was wollt ihr denn, ihr habt doch alles was ihr braucht." (!!)

Immer wieder versuchten die Herren vom Magistrat, den Gegenstand der Unterhaltung durch Redensarten zu ignorieren, bis die vor der Tür Stehenden die Geduld verloren und in das Zimmer eindrangen, darunter Frauen mit Säuglingen. Mit beredten und drastischen Worten schilderten sie ihre verzweifelte Notlage, erzählten von ihrem Hunger, und was war das Resultat: 1 (eine) Lebensmittelmarke im Werte von 1 Mark und zwei Pfund Brot, alles zusammen für 1,30 Mark. Und dafür sind die Aermsten von früh von 9 Uhr bis nachmittags ½3 Uhr unterwegs gewesen. Daß die Erbitterung über diesen Hohn unbeschreiblich war, läßt sich lebhaft denken, denn dieses noble Geschenk war von den Hungrigen in einer Stunde verzehrt.

Mit diesem skandalösen Ergebnis sind die Bewohner des Uebergangsheimes durchaus nicht einverstanden, sondern sie fordern:

Eine sofortige Wirtschaftsbeihilfe (25, 15, 7,50 Mark). — Einstellung der Pfändung der rückständigen Miete. — Senkung der Mieten um 50 Prozent für alle erwerbslosen Bewohner.

Die Barackenbewohner sind bereit, um ihre Forderungen durchzusetzen, alle Schritte zu ergreifen, die sie für notwendig erachten, um sich ihr Recht zu erkämpfen. Ferner wird erwartet, daß sofort eine Kommission zusammengesetzt wird, welche die hier herrschende Notlage bald prüft. Im ganzen sind 65 Gesuche eingereicht worden, die unbedingt restlos berücksichtigt werden müssen. Eine sogenannte „Ermittlung" kann gar nicht in Frage kommen, weil das wirtschaftliche Elend bei allen hier gleich groß ist. Man muß betonen, daß diese 65 Gesuche nur die krassesten Notfälle darstellen.

Der Magistrat soll nicht mit dem Feuer spielen, denn der Tag kann schnell kommen, an dem es zündet, und dann helfen weder Gummiknüppel noch Karabiner.

Mieter heute heraus!

Wir fordern alle Neu- und Altmieter Breslaus auf, heute, um 19,30 Uhr, zur Protestkundgebung im „Schlesiwerder" zu erscheinen. Es gilt Beschlüsse zur Abwehr der geplanten Anschläge auf die Mieter zu fassen und die Organisierung des Kampfes gegen die verbrecherische Wohnbaupolitik und Mietenwucher in Angriff zu nehmen. Mieter, erscheint restlos!

Gewerkschaftshaus-Lichtspiele. Einst zogen Abenteurer aus, um Wunderdinge über fremde Erdteile zu berichten. Heute, wo die Welt durch bessere Verkehrsmöglichkeiten enger geworden ist, vermittelt uns der Forscherfilm Sachlichkeiten. Diese Woche berichtet uns ein Film über die Wunder des Amazonenstromes und von den Geheimnissen des Inkalandes. Der zweite Film der Woche ist ein Werk der russischen Filmkunst; er richtet sich in seiner Tendenz gegen die Wahnsinnigkeit des Unterseebootkrieges. Der Film wurde nach dem Unglück des amerikanischen Unterseebootes vor zwei Jahren hergestellt, als die Welt Kunde erhielt, daß Menschen durch Fehler eines Mechanismus elend ersticken mußten. Der Beginn der Filmhandlung ist in das Jahr 1919 gelegt. Die Grausamkeiten früherer Kriege geben die Einleitung. Die Vorführungen sind Donnerstag und Freitag. Die Eintrittspreise betragen für Erwerbslose, Kleinrentner und Invaliden bis 17,30 Uhr 25 Pfennig, auf Besucherausweise 50 Pfennig, ohne 70 Pfennig. (Siehe Inserat.)

Die Stadtverordneten-Versammlung hält am Donnerstag, dem 6. März, keine Sitzung ab.

„Der stille Don"

Copyright by Verlag für Literatur und Politik Berlin-Wien

Kosakenroman
von Michael Scholochow

„Lies, mach mich nicht ungeduldig!" schrie Iljinitschna und ging mit schweren Schritten zur Bank (ihre Beine waren geschwollen, sie ging, sie ungeschickt bewegend, als rolle sie auf Rädern). Natalja kam atemlos vom Hof gelaufen, stellte sich vor den Ofen, preßte die Hände auf die Brust, hielt den entstellten Hals schief, auf ihren Lippen zitterte, wie ein Sonnenfleck, ein Lächeln. Sie wartete auf einen Gruß von Grischa, auf eine, wenn auch nur leise Andeutung ihres Namens, eine leichte Erinnerung an sie, als Dank für ihre hündische Anhänglichkeit, für ihre Treue.

„Wo ist Darja?" flüsterte die Alte.

„Ruhe!" schrie Pantelej Prokofjewitsch. Wut rundete seine Augen. Dann wandte er sich an Dunjaschka: „Lies!"

„Ich teile Ihnen mit," begann Dunjaschka, und schrie plötzlich, von der Bank heruntergleitend, mit schrecklicher Stimme:

„Vater! Väterchen!... Mu—u—u—u—utter! Unser Grischa! ... Ach! Ach! Grischa... Grischa... ist gefallen!"

Vor dem Fenster verirrte sich eine Hummel in den Blättern der welken Geranien und brummte wütend. Auf dem Hof gackerte friedlich eine Henne. Durch die geöffnete Tür erscholl ein fernes, klingendes Kinderlachen.

Nataljas Gesicht verzerrte ein Zucken, die Mundwinkel hatten das Lächeln, das erst vor kurzem auf ihnen zitterte, noch nicht weggewischt.

Pantelej Prokofjewitsch erhob sich, sah die sich in Krämpfen windende Dunjaschka stumpf und verständnislos an.

„Ich teile Ihnen mit, daß Ihr Sohn, der Kosak des 12. Donkosakenregiments Grigorij Pantelejewitsch Meljechow, in der Nacht des 16. August dieses Jahres im Kampf bei Kamjonka-Strumilowa gefallen ist. Das von ihm zurückgebliebene Hab und Gut wird seinem Bruder Pjetro Meljechow übergeben werden. Das Pferd ist beim Regiment geblieben.

Kommandeur der vierten Abteilung
Kosakenkapitän Polkownikow.

Feldarmee, 18. August 1914."

Seit der Nachricht vom Tode Grigorijs ging es mit Pantelej Prokofjewitsch bergab. Er alterte zusehends, von Tag zu Tag. Der furchtbare Schlag hatte ihn schwer getroffen. Sein Gedächtnis wurde immer schwächer, sein Verstand trübte sich. Er ging gebeugt im Hof umher, sein Gesicht war schwarz wie Erz geworden. Der fieberhafte Glanz seiner Augen verriet seine seelische Unruhe.

Den Brief des Kommandeurs hatte er eigenhändig unter die Heiligenbilder gelegt. Einige Male am Tag ging er in den Vorraum und winkte Dunjaschka heraus

„Komm mal her!

Sie kam.

„Bring den Brief über Grigorij... lies ihn!" befahl er ihr und sah ängstlich auf die Tür, hinter der, in nicht nachlassender Trauer, Iljinitschna sich abhärmte. „Lies nur, lies leise, als lässest du nur für dich," zwinkerte er ihr schlau zu und zeigte mit den Blicken auf die Tür. „Lies leise! Sonst hört's die Mutter... das wäre ein Unglück..." Dunjaschka las, die Tränen schluckend, den ersten Satz, und Pantelej Prokofjewitsch, der gewöhnlich auf den Zehenspitzen hockte, hob die breite, schwielige Hand.

„Genug, ich weiß schon, wie es weitergeht... Geh, trag den Brief zurück... Nur leise, sonst wird Mutter..." wiederum zwinkerte er ganz scheußlich mit den Augen und krümmte sich wie Baumrinde, die vom Feuer gefressen wird.

Er wurde grau. Den Kopf bedeckten blendend weiße Flecke; weiße Fäden zogen sich auch durch seinen Bart. Er wurde gefräßig, aß viel und nachlässig.

Am neunten Tage wurde eine Totenmesse abgehalten, und die Verwandten wurden zum Totenmahl und zur Gedächtnisfeier für den gefallenen Krieger Grigorij eingeladen.

*

Zwölf Tage nach der Nachricht von Grigorijs Tod bekamen die Meljechows zwei Briefe von Pjetro an ein und demselben Tage. Dunjaschka las sie noch auf der Post und jagte, bald wie ein Strohhalm vom Wirbelwind gepackt, bald von Schwäche befallen, sich sekundenlang an die Zäune lehnend, nach Hause. Sie brachte das ganze Dorf in Aufruhr und trug eine unbeschreibliche Erregung in ihre Hütte.

„Grischa lebt! — Er lebt, unser Grischa!"... schrie sie mit schluchzender Stimme schon von ferne. „Pjetro schreibt!... Grischka ist nur verwundet... er ist nicht tot!... Er lebt! Er lebt!"

„Ich grüße Euch, liebe Eltern," schrieb Pjetro in einem Brief, der vom 20. August datiert war. „Ich teile Euch mit, daß unser Grischka seine Seele nicht Gott geschenkt hat. Er lebt und ist gesund, was wir auch Euch wünschen. Bei Kamenka-Strumilowa stand sein Regiment im Kampf, und während einer Attacke sahen die Kosaken, wie ein ungarischer Husar ihn mit einem Säbel verwundet hat und wie er vom Pferde fiel, und weiter war uns nichts mehr bekannt. Wie sehr ich sie auch ausfragte, ich konnte nichts mehr erfahren. Später erzählte mir Mischka Koschevoj — er kam in unser Regiment, um die Verbindung mit uns aufzunehmen —, daß Grigorij bis tief in die Nacht auf dem Felde liegen geblieben war, dann zu sich kam und wegkroch. So kroch er immer weiter und richtete sich nach den Sternen. Da stieß er auf einen verwundeten Offizier. Dieser verwundete Offizier war ein Leutnant eines Dragonerregiments, er war von einem Schrapnell am Bauch und an den Beinen verwundet worden. Grigorij hob ihn auf und trug ihn sechs Werst auf dem Rücken. Dafür hat er das Georgskreuz bekommen und wurde zum Unteroffizier befördert. So steht die Sache! Die Wunde ist ganz ungefährlich, der Feind hat ihm mit dem Säbel über den Kopf gehauen. Er fiel vom Pferde und wurde ohnmächtig. Jetzt ist er wieder an der Front, erzählte mir Mischka. Entschuldigt meine Schrift. Ich schreibe im Sattel sitzend und werde sehr geschüttelt."

Am zweiten Brief bat Pjetro, ihm getrocknete Pflaumen „von den geliebten Gärten vom Don" zu schicken, bat, daß man ihn zu Hause nicht vergessen, ihm öfter schreiben solle. Er schimpfte auch über Grigorij, der nach den Erzählungen der Kosaken sein Pferd schlecht behandle. Er, Pjetro, ärgere sich sehr darüber, weil doch der Wallach sein Eigentum sei. Er bat den Vater, Grigorij wegen des Pferdes zu schreiben.

„Ich ließ ihm durch Kosaken sagen: wenn er das Pferd nicht besser pflege, werde ich ihm die Fresse blutig hauen, wenn wir zusammenkommen, trotzdem er jetzt ein Georgsritter ist.

Geschrieben von Pjetro."

Dann kamen unzählige Grüße. Durch die vom Regen durchnäßten, zerdrückten Zeilen atmete bittere Traurigkeit. Der Dienst schien auch für Pjetro eine bittere Pille zu sein.

Es packte einem ans Herz, Pantelej Prokofjewitsch anzuschauen Er war wie verbrüht vor Freude. Er nahm beide Briefe und trug sie durch das ganze Dorf. Er suchte diejenigen, die lesen konnten und zwang sie, den Brief immer wieder vorzulesen. Nicht für sich ließ er sie lesen, nein, er prahlte mit der späten, unerwarteten Freude vor dem ganzen Dorfe.

„Was Grischka für ein Kerl ist! Seht ihr?" keuchend hob er seine große Hand, wenn der Vorlesende jene Stelle las, in der Pjetro die Heldentat Grigorijs beschrieb.

„Der erste im Dorf, der das Georgskreuz bekommen hat", sagte er stolz. Eifersüchtig nahm er dem Lesenden den Brief weg, versteckte ihn im Unterfutter der Mütze und ging, um wieder jemand zu finden, der lesen konnte.

Sjergej Platonowitsch kam in höchsteigener Person aus dem Geschäft, als er ihn vorbeigehen sah. Er zog seine Mütze.

„Komm herein, Prokofjewitsch."

Er drückte mit seiner fleischigen, weißen Hand die des Alten:

„Ich gratuliere... gratuliere... Hm... Auf so einen Sohn muß man stolz sein, und Sie waren ihm böse... Ich habe von seiner Heldentat in der Zeitung gelesen."

„Steht es auch in den Zeitungen?" Ein Krampf preßte Pantelej Prokofjewitschs Kehle zusammen.

„Ja, ich habe es gelesen... gelesen."

Sjergej Platonowitsch holte eigenhändig drei Päckchen vom besten türkischen Tabak, schüttete einen Papiersack voll der teuersten Bonbons, gab beides Pantelej Prokofjewitsch und sagte:

„Wenn du Grigorij Pantelejewitsch ein Paket schickst, leg das bei und grüß ihn von mir."

„Herrrrr Gott! Soviel Ehre für Grischka!... Das ganze Dorf spricht von ihm... Gut, daß ich es erlebt habe..." flüsterte der Alte und ging die Stufen vom Mochowschen Geschäft langsam hinunter. Er wischte sich die Nase mit dem Aermel des Mantels und zerdrückte auf der Wange eine Träne, die ihn kitzelte. „Ich werde, wie es scheint, alt. Die Tränen kommen mir zu leicht... He, Pantelej, Pantelej, was ist aus dir geworden? Warst einmal wie ein Stein hart und stark... acht Pud konntest du auf deinem Buckel tragen, und jetzt? Ja, ja, Grischka hat meine Kräfte untergraben...."

Er humpelte durch die Straße, hielt das kleine Paket an die Brust gepreßt, und wieder kreisten seine Gedanken, wie ein Kiebitz über einen Sumpf, um Grigorij herum, und immer wieder kamen ihm einzelne Worte aus Pjetros Brief in Erinnerung. Gerade in diesem Augenblick stieß er auf Grigorijs Schwiegervater Korschunow.

„He, Alter, wart einmal!"

Sie hatten sich seit dem Tage der Kriegserklärung nicht gesehen. Seitdem Grigorij von zu Hause fortgegangen war, hatten sich zwischen ihnen nicht gerade feindselige, aber doch gespannte Beziehungen entwickelt. Miron Grigorjewitsch nahm es Natalja übel, daß sie sich vor Grigorij erniedrigte, seine Gnade erwartete und auch ihn, Miron Grigorjewitsch, zwang, diese Erniedrigung mitzumachen.

„So eine verirrte Hündin", schimpfte er über Natalja im häuslichen Kreis, „wenn sie wenigstens zu Hause beim Vater leben würde. Aber nein, sie ist zu den Schwiegereltern gerannt. Dort schmeckt ihr das Brot besser. Und ich alter Mann muß diese Schande erleben, ich wag es nicht einmal, mit der Wimper zu zucken vor fremden Leuten."

Miron Grigorjewitsch trat ganz nahe an Pantelej Prokofjewitsch heran, streckte ihm die pockenmarbige Hand entgegen.

„Wie geht es dir, Pantelej Prokofjewitsch?"

„Gott sei Dank!"

„Hast du was Schönes gekauft?"

Pantelej Prokofjewitsch machte mit der rechten, freien Hand eine ausweichende Bewegung und schüttelte verneinend den Kopf.

„Das ist ein Geschenk für unseren Helden, Sjergej Platonowitsch, der Wohltäter, hat von Grischkas Heldentat in der Zeitung gelesen und schickt ihm Bonbons und Tabak. „Schick", sagte er, „deinem Helden dieses Geschenk und viele Grüße von mir. Er soll sich auch weiterhin so fein auszeichnen", prahlte Pantelej Prokofjewitsch und sah Miron Grigorjewitsch scharf ins Gesicht. Er gab sich Mühe, zu beobachten, was für einen Eindruck seine Worte auf ihn machten.

Unter den hellen Augen Miron Grigorjewitschs lagen tiefe

Unter den hellen Augen Miron Grigorjewitschs lagen lichte Schatten. Sie gaben seinem gesenkten Blick einen spöttisch-lächelnden Ausdruck.

„So—o—o—!" krächzte Korschunow und ging über die Straße zum Zaun. Pantelej Prokofjewitsch humpelte ihm rasch nach, öffnete das Paket mit den Fingern, die vor Wut zitterten.

„Da, nimm einen Bonbon!" bot er Miron Grigorjewitsch scheinheilig an, „nimm bitte, ich bewirte dich im Namen meines Sohnes. Dein Leben ist nicht süß, dein Sohn wird niemals so eine Ehre erleben, der ist nicht so ein Kerl."

„Kümmere dich nicht um m e i n Leben. Ich weiß selber am besten, wie es ist.

„Iß doch, tu mir die Ehre an!" sagte Pantelej Prokofjewitsch und lief vor Miron Grigorjewitsch her. Seine gekrümmten Finger zupften das dünne Silberpapier von einem Bonbon.

„Wir sind an das Süße nicht gewöhnt", Miron Grigorjewitsch schob die Hand Pantelej Prokofjewitschs weg. „Wir sind nicht daran gewöhnt, von fremden Leckerbissen bröckeln uns die Zähne ab. Dir aber, Pantelej, sollte nicht anstehen, um Geschenke für deinen Sohn zu betteln. Brauchst du was, so komm zu mir. Dem Schwiegersohn würde ich doch gerne etwas geben. Natalja ißt doch euer Brot, ich würde dir also gerne in deiner Armut helfen."

„In unserem Geschlecht hat noch niemand gebettelt, quatsch nicht mit deiner dummen Zunge, Miron Grigorjewitsch! Tust allzu patzig, mein Lieber! Ja, ja! Tust du es vielleicht, weil du im Ueberfluß lebst und Natalja zu uns gekommen ist?"

„Laß das," schrie Miron Grigorjewitsch herrisch. „Wozu streiten wir miteinander? Ich bin nicht zu dir gekommen, um zu schimpfen. Komm, wollen wir einmal ruhig miteinander reden. Ich habe eine Sache mit dir zu besprechen."

„Ich habe nichts mit dir zu besprechen."

„Aber ich. Komm."

Miron Grigorijewitsch packte Pantelej Prokofjewitsch am Aermel seines Mantels und bog in die nächste Gasse ein. Sie gingen an Gehöften vorbei in die Steppe.

„Was willst du von mir?" fragte Pantelej Prokofjewitsch. Er hatte sich nach dem Wutanfall etwas beruhigt.

Er sah Korschunows helles, sommersprossiges Gesicht von der Seite an, der Alte hob die Mantelschöße, setzte sich neben den Straßengraben und zog seinen alten, verschlissenen Tabaksbeutel aus der Tasche.

„Siehst du, Prokofytitsch, du bist ganz ohne Ursache auf mich losgegangen. Wie ein zänkischer Hahn. Das ist nicht gut... Ich möchte wissen, begann er nun mit einer ganz veränderten, harten, festen Stimme, „ich möchte wissen, ob dein Sohn sich noch lange über Natalja lustig machen wird. Sag es mir."

„Das mußt du bei ihm erfragen."

„Nein, mit ihm habe ich nichts zu tun. Du bist das Haupt deiner Familie, ich habe nur mit dir zu reden."

Pantelej Prokofjewitsch hielt noch immer das Bonbonpaket in der Hand. Zwischen seinen Fingern schmolz die Schokolade. Er wischte die Hand an der braunen, lehmigen Erde ab, nahm Zigarettenpapier aus der Tasche, und schüttete etwas von dem türkischen Tabak, den Sjergej Platonowitsch für Grigorij geschenkt hatte, darauf. Dann streckte er das Päckchen Miron Grigorjewitsch entgegen. Der nahm, ohne zu schwanken, ein Häufchen von dem noblen Mochowschen Geschenk und drehte sich langsam eine Zigarette. Sie zündeten sich die Zigaretten an. Ueber ihnen hing eine weißbrüstige Wolke, leicht und flaumig wie weißer Schaum, und zu dieser Wolke strebte von der Erde hinauf ein zarter, vom Wind bewegter Spinnwebfaden.

Der Tag ging zu Ende. Friedliche, unbeschreiblich süße Septemberstille schaukelte schläfrig in der Luft. Der Himmel, der schon seinen sommerlichen, vollen Glanz eingebüßt hatte, schimmerte matt. Im Graben lagen — Gott weiß, von wo sie der Wind hergetragen hatte — üppig-bunte Apfelbaumblätter. Hinter dem welligen Gipfel des Berges versteckte sich die Straße. Vergeblich lockte sie die Menschen zum smaragdenen, undeutlichen Horizont, vergeblich lockte sie in unbekannte Ferne. Die Menschen, gefesselt an ihr Heim, an ihren Alltag, vergingen in der Arbeit, strengten beim Dreschen all ihre Kräfte an, und die Straße, menschenleer und traurig, strebte dem Horizont, der unsichtbaren Ferne zu. Nur der Wind stampfte staubaufwirbelnd mit sinnloser Grazie über sie.

„Der Tabak ist schwach, — wie Gras ist er," sagte Miron Grigorjewitsch, und blies eine kleine Rauchwolke aus dem Mund.

„Schwach, aber angenehm..." erwiderte Pantelej Prokofjewitsch.

„Gib mir eine Antwort," bat mit schwacher Stimme Korschunow und löschte seine Zigarette aus.

„Grigorij schreibt nichts darüber. Er ist verwundet."

„Ich habe davon gehört..."

„Was weiter geschehen wird, weiß ich nicht. Vielleicht wird er fallen. Wozu also soviel reden?..."

„Wie soll das werden, Pantelej Prokofjewitsch?" Miron Grigorjewitsch blinzelte verlegen und jämmerlich mit den Augen. „Sie ist weder Mädel, noch ist sie Frau, noch ehrliche Witwe. Das ist doch eine Schmach und Schande! Hätte ich das geahnt, ihr wäret nicht über meine Schwelle gekommen... Aber was soll jetzt geschehen?... Ach, Pantelej Prokofjewitsch, Pantelej Prokofjewitsch, es tut einem doch leid ums eigene Kind... 's ist doch mein eigenes Blut..."

„Was kann ich da machen?..." begann Pantelej Prokofjewitsch mit verhaltener Wut seinen Angriff. „Sag mir, was kann ich tun? Glaubst du, daß es mich freut, daß mein Sohn von meinem Hof gegangen ist? Was seid ihr für ein komisches Volk!..."

„Schreib ihm," sagte Miron Grigorjewitsch dumpf, der Lehm, mit dem er spielte, bröckelte zwischen seinen Fingern, fiel von der Hand in den Graben. „Er soll doch endlich eine endgültige Antwort geben."

„Er hat ein Kind von jener..."

„Von dieser wird er auch ein Kind haben!" schrie Korschunow auf. Zornige Röte überflutete sein Gesicht. „Darf man denn mit einem lebendigen Menschen so umgehen? Darf man das?... Einmal hat sie schon Hand an sich gelegt... entstellt ist sie... will er sie ins Grab bringen? Was?... Hat er denn, hat er denn..." zischte Miron Grigorjewitsch. Mit einer Hand kratzte er sich am Hals, mit der anderen packte er Pantelej Prokofjewitsch am Rock, „hat er denn ein Wolfsherz in der Brust?"

Pantelej Prokofjewitsch atmete schwer, wandte sich weg.

„... Das Frauenzimmer ist ganz ausgetrocknet... sie hat doch kein Leben, sie lebt doch wie eine Magd bei dir..."

„Sie ist uns lieber als unsere eigenen Kinder! Halt den Mund!" schrie Pantelej Prokofjewitsch laut und erhob sich.

Sie gingen in verschiedenen Richtungen auseinander, ohne ein Wort des Abschiedes zu sagen.

*

Hat der Lebensstrom einmal sein Bett verlassen, dann teilt er sich in viele Arme. Schwer ist es dann, vorauszusagen, durch welchen Arm er seinen trügerischen, ränkevollen Lauf fortsetzen wird. Dort, wo das Leben ganz seicht geworden ist, seicht wie ein Flüßchen im Sommer, so seicht, daß man den unschönen, kläglichen Grund sieht, dort fließt er schon am nächsten Tage stürmisch und üppig daher...

Ganz plötzlich reifte in Nataschka der Entschluß, nach Jagodnoje zu Aksinja zu gehen. Sie zu bitten, anzuflehen, ihr Grigorij wiederzugeben. Es kam ihr vor, als hinge alles einzig und allein von Aksinja ab. Es schien ihr, daß Grigorij und mit ihm ihr verlorenes Glück wieder zu ihr zurückkehren würde, wenn es ihr gelänge, Aksinja zu erweichen. Sie dachte nicht darüber nach, ob das überhaupt möglich sei und wie Aksinja diese seltsame Bitte auffassen würde. Durch ein unbewußtes Gefühl gedrängt, strebte sie nur danach, ihren Entschluß so bald als möglich durchzuführen. Ende des Monats hatten Meliechows einen Brief von Grigorij bekommen. Außer den Grüßen an Vater und Mutter schickte er auch die ehrerbietigsten Grüße an Natalja Mirononwna. Was ihn dazu veranlaßt hatte, war ihr unbekannt, die Tatsache allein, daß er an sie gedacht hatte, genügte aber für Nataschka, um ihren Entschluß zu bekräftigen: sie wollte am nächsten Sonntag nach Jagodnoje gehen.

„Wohin gehst du, Nataschka?" fragte Dunjaschka und sah erstaunt zu, wie Nataschka vor dem Spiegel aufmerksam streng ihr Gesicht betrachtete.

„Ich will meine Leute besuchen", log Nataschka und wurde ganz rot. Zum erstenmal empfand sie ganz klar, daß sie sich einer großen Erniedrigung, einer furchtbaren moralischen Folter aussetzen werde.

„Wenn du nur einmal mit mir auf den Dorfplatz gehen wolltest, Nataschka", bat Darja, die gerade dabei war, sich festlich anzuziehen. „Kommst du abends mit oder nicht?"

„Ich weiß nicht. Ich glaube nicht."

„Ach, du Aschenbrödel! Willst keinen Liebsten suchen, solange unsere Männer nicht hier sind..." Darja zwinkerte keck mit den Augen. Bog sich vor dem Spiegel schlank und elastisch nach hinten, um den gestickten Rand ihres blaßblauen Rockes sehen zu können.

Seit Pjetros Abfahrt hatte sich Darja sehr verändert: die Abwesenheit ihres Mannes machte sich bei ihr sehr stark bemerkbar. Eine Unruhe war in ihren Augen, in ihren Bewegungen, in ihrem Gang. Sie zog sich an den Sonntagen sorgfältig und festlich an, kam vom Dorfplatz spät nach Hause und klagte Nataschka ihr Leid, bös, mit dunklen Augen.

„Ein Unglück, sag ich dir... Alle Kosaken, die was vorstellen, hat man vom Dorf weggeholt. Nur Kinder und Alte sind geblieben."

„Was geht das dich an?"

„Wieso mich das angeht?" fragte Darja erstaunt, „es ist doch kein Mensch auf dem Dorfplatz, mit dem man sich unterhalten könnte! Wenn ich wenigstens allein in die Mühle fahren könnte. Mit dem Schwiegervater ist ja nicht mehr viel anzufangen..."

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich für den politischen Teil: Ernst Schneller, Berlin; für den Provinzteil (außer Oberschlesien) Rudolf Brandt, Breslau; für Oberschlesien Fritz Pendrosch, Gleiwitz.

Zum 6. und 8. März

Proletarischer Kampf gegen Erwerbslosenelend und Heilsrezepte der SPD.

„Arbeit und Brot für alle?“

[illegible] Millionen Erwerbslose in Deutschland, 6 Millionen im „Paradies Amerika“, 15 Millionen in der ganzen kapitalistischen Welt! Eine Wirtschaftsordnung, die Millionen zum Feiern verurteilt, während das Notwendigste zum Leben fehlt, die die Schätze der Natur und die Errungenschaften der Technik nicht zur Verbesserung der Lage der Schaffenden ausnützt, sondern zu ihrer wachsenden Verelendung, eine solche „Ordnung“ spricht sich selbst das Todesurteil.

Die SPD., die seit fünf Jahren nach besten Kräften die kapitalistische Rationalisierung fördert, die Hauptursache der Dauer-Massenerwerbslosigkeit, hat nun plötzlich das Erwerbslosenelend entdeckt. Der Kampfwillen der von der Kommunistischen Partei geführten Armee des Elends wird bedrohlich für die Sicherheit der sozialfaschistischen Minister, Polizeipräsidenten und Direktoren. Würden die Arbeiter still und friedlich verhungern, ihr Elend würde gewiß keinen der vollgefressenen sozialfaschistischen Bonzen stören. Aber da Erwerbslose und die Betriebsarbeiter unter Führung der Kommunistischen Partei und der revolutionären Gewerkschaftsopposition zum gemeinsamen revolutionären Kampf aufmarschieren, zerbrechen sich nun die berufsmäßigen Arbeiterbetrüger den Kopf, mit welchen neuen Mitteln sie nun die proletarischen Massen vom Kampf abhalten sollen.

Aus diesen Erwägungen heraus haben die Antibolschewisten und Kommunistenfresser in der Redaktion des **Abendblattes des „Vorwärts“** eine Umfrage veranstaltet über das Thema **„Arbeit und Brot für alle“?** Nicht ein Kampfruf ist dieser Titel, sondern ein Preisrätsel für einfältige „Vorwärts“-Leser. Durch welche schlauen Rezepte kann man die Erwerbslosigkeit, die notwendige Folge des kapitalistischen Systems, beseitigen, ohne dieses System und seine Nutznießer anzugreifen? Das ist das unlösbare Preisrätsel, das die sozialfaschistischen Kapitalsknechte ihren Mitarbeitern und Lesern aufgegeben haben. Dementsprechend sind die Antworten auch ausgefallen.

„Heraus mit den ‚Doppelverdienern‘!“

Die „Doppelverdiener“ haben es den Herren von der SPD angetan. Mit diesem Namen bezeichnen sie nicht etwa die Gewerkschaftsbonzen, die neben ihrem Gehalt Reichstagsdiäten und für jede Sitzung und Reise noch Extraspesen in die Tasche schieben, auch nicht die Herren Minister, die neben fürstlichen Gehältern und Repräsentationsgeldern noch allerhand Aufsichtsrat-Tantiemen und sonstige Schmiergelder beziehen, auch nicht die freigestellten SPD.-Betriebsräte, die sich durch Handelsgeschäfte einen Nebenverdienst beschaffen, nein „Doppelverdiener“, das sind die Arbeiterinnen, die im Betrieb oder im Büro etwas verdienen wollen, obwohl sie sich doch mit dem begnügen könnten, was ihr Mann, Vater oder Bruder verdient, wenn er zufällig einmal Arbeit hat. Man lese nur einmal, wie diese sozialfaschistischen Lumpen die arbeitenden Frauen verhöhnen. Im „Abend“ vom 29. Januar schreibt ein Herr Reichelt:

„Wenn für zehn Familien Arbeit vorhanden ist, davon aber drei mit doppelter Arbeit versehen werden, haben eben drei Familien keine Arbeit. Arbeit ist Gemeingut aller Menschen. Wenn man ein leidliches Auskommen hat und noch ein weiteres Einkommen sucht, so raubt man seinem Mitmenschen die Arbeit und macht ihn arbeitslos. Die durch doppelte Arbeit erworbenen Gelder werden dann **auf Sparkassen und Banken gebracht** und Staat und Gemeinden müssen für **die durch die Doppelverdiener brotlos Gewordenen** die Unterstützungen bezahlen.“

Ein anderer Herr von der SPD. erlaubt sich folgende Frechheit:

„Geht man in die Kaufhäuser, in die Büros und Arbeitswerkstätten, überall verheiratete Frauen, die **in Samt und Seide und sogar im Pelzmantel zur Arbeitsstelle gehen!** Ich bin nun auch schon dreiviertel Jahr arbeitslos und machte meine Beobachtungen; man sieht fast mehr verheiratete wie ledige Frauen ihrem Beruf nachgehen und dann heißt diese Ungerechtigkeit: „Die Selbständigkeit der Frau“.“

Frauen von Arbeitern, Angestellten und Beamten, die in Samt und Seide gehen und ihr Geld auf die Sparkassen tragen! Kann man sich eine grausamere Verhöhnung der erwerbstätigen Frauen denken, deren größter Teil mit einem Lohn von 15 Mark bis 20 Mark wöchentlich nach Hause kommt! So etwas wagt ein „Arbeiter“blatt seinen Lesern zu bieten.

Die Frauenarbeit ein gesellschaftlicher Fortschritt

Wir brauchen unseren Lesern nicht auseinanderzusetzen, daß die Frauen nicht aus Uebermut — „nur zum Vergnügen“, wie es im „Abend“ heißt, — arbeiten gehen. Auf das „Vergnügen“, acht bis zehn Stunden in den Rationalisierungshöllen für 70 Pf. oder weniger pro Stunde zu schuften, würden die Frauen gern verzichten, wenn sie anders leben könnten. Die bittere Not hat die Frauen des Proletariats in die Fabriken getrieben.

Gerade weil der „Familienernährer“ bei den elenden Löhnen, der häufigen Arbeitslosigkeit, der wachsenden Teuerung immer weniger in der Lage ist, seine Familie zu ernähren, sind die Frauen, sowohl kaum der Schule entwachsene Mädchen als auch die älteren Frauen, die ihre Kinder zu Hause lassen müssen, gezwungen, zur Arbeit zu gehen.

Die SPD. hat es verstanden, die sozialistischen Traditionen der Arbeiterbewegung unter ihren Anhängern bereits so weit in Vergessenheit zu bringen, daß das Rezept des Hinauswurfes der verheirateten Frauen aus dem Betrieb in der Tat von sozialfaschistischen Betriebsräten angewandt worden ist. Es ist auch nicht weiter verwunderlich, daß sich auch Brandler-Renegaten gefunden haben, die auch in dieser Frage den sozialfaschistischen Kurs unterstützen (bei Siemens).

Für jeden Sozialisten ist **das gleiche Recht der Frau auf Arbeit** eine selbstverständliche Forderung. Im Interesse der Befreiung der Arbeiterklasse ist es richtig und notwendig, daß die Frauen im Produktionsprozeß stehen, auf diese Weise das gleiche Maß wirtschaftlicher Selbständigkeit wie der Mann gewinnen, genau so wie der Mann die Erfahrungen der kapitalistischen Ausbeutung und des proletarischen Klassenkampfes erwerben. Das ist die notwendige Voraussetzung dafür, daß die Arbeiterfrauen als gleichberechtigte und gleichwertige Kameraden in den Reihen des klassenbewußten Proletariats kämpfen. So hat schon Marx die Frage gestellt, als er im „Kapital“ schrieb:

„So furchtbar und ekelhaft die Auflösung des alten Familienwesens innerhalb des kapitalistischen Systems erscheint, so schafft nichtsdestoweniger die große Industrie mit der entscheidenden Rolle, die sie den Weibern, jungen Personen und Kindern beiderlei Geschlechts in gesellschaftlich organisierten Produktionsprozessen jenseits der Sphäre des Hauswesens zuweist, die ökonomische neue Grundlage für eine höhere Form der Familie und des Verhältnisses beider Geschlechter.“

Wenn in gewissen Berufen verhältnismäßig mehr ältere Frauen beschäftigt sind als junge Mädchen, so hat schon August Bebel in seinem Buch „Die Frau und der Sozialismus“ auf die Ursachen hingewiesen. Bebel führt dort die Tatsache an, daß die älteren Frauen vorwiegend in anstrengenden Berufen in oft unsauberer, schwererer Arbeit beschäftigt werden, in Steinbrüchen, Färbereien, chemischen Fabriken und dergleichen. „Für die schlechtesten, von anderen gemiedenen Arbeiten sind nur die älteren Arbeiterinnen, insbesondere die Verheirateten zu haben.“

Die Forderung: **„Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!“** ist die einzige proletarische Forderung, die sich gegen die Verwendung der Frauen als Lohndrücker richtet, nicht gegen die arbeitenden Frauen. Es ist bezeichnend für die SPD., daß eine Frau, die sich im „Abend“ gegen den Hinauswurf der „Doppelverdiener“ wendet, für die arbeitenden Frauen folgende Forderungen stellt:

„Organisiert eure Frauen und Mädchen, wenn sie arbeiten, und kämpft darum, daß sie **wenigstens 80 Prozent der Männerlöhne (!)** erhalten, und dann, wenn sie heiraten, in absehbarer Zeit das dringendste Mobiliar anschaffen können.“

Daß die Frau ein minderwertiges Wesen ist, die für die gleiche Arbeit 20 Prozent weniger Lohn bekommt und kein höheres Streben kennt, als sich zu verheiraten und Mobiliar anzuschaffen, das erscheint der „Abend-Sozialistin“ selbstverständlich.

Die Kommunistische Internationale hat gerade deshalb den internationalen Erwerbslosentag mit dem internationalen Frauentag verbunden, damit die Kommunisten in allen Betrieben und an allen Stempelstellen den Zusammenhang dieser Fragen klarstellen.

„Arbeitsstreckung“

Neben dem Hinauswurf der verheirateten Frauen aus den Betrieben haben die SPD.-Fachleute noch ein zweites Rezept: die „Arbeitsstreckung“. Dieses Rezept ist aus der Praxis von der Eisenbahn und den Berliner Verkehrsbetrieben bekannt. Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich, das ist das sozialfaschistische Rezept. Ausdrücklich erklärt Herr Kögler im „Abend“ vom 22. Januar:

„Selbst die Frage des **Lohnausgleichs** bei einer allgemeinen Verkürzung der Arbeitszeit muß unter Umständen **zurückgestellt** werden.“

Der Hetzer gegen die „Doppelverdiener“ im „Abend“ vom 29. Januar hat selbst gegen solche „Arbeitszeitverkürzung“ Bedenken:

„Was ich jedoch **nicht für ratsam halte, wäre eine weitere Herabsetzung der Arbeitszeit**, da dadurch eine Verteuerung eintreten würde und dies würde verringerte Absatzmöglichkeiten bedeuten, der Erfolg also wieder abgebremst wird.“

Einige SPD.-Fachleute erklären sich für die 5-Tage-Woche nach dem Muster von Ford und des IG.-Farbentrusts in Höchst, d. h. fünf Tage Arbeit — fünf Tage Lohn, aber dieselbe Leistung wie bisher in sechs Tagen! Unter dem Schlagwort: „gleichmäßige Verteilung der Not“ wird hier eine „Solidarität“ in der Unterwerfung unter das Kapitalsdiktat, eine Solidarität der bescheidenen Hungerleider statt der Kampfsolidarität des klassenbewußten Proletariats gefordert.

7-Stundentag und voller Lohnausgleich!

Das ist die Forderung der revolutionären Opposition. Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich bedeutet freiwillige Einwilligung in den Lohnabbau, der das allgemeine Lohnniveau herabdrückt und sich sehr bald auch in der allgemeinen Senkung des Stunden- und Akkordlohnes auswirken muß. Wenn die Arbeiter mit einem Sechstel des Lohnes in der Woche weniger auskommen können — schlußfolgern die Unternehmer —, dann können wir auch etwas vom Lohn einsparen, wenn wir die Arbeitszeit nicht einschränken.

Die Sorge um die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie ist ein typisch sozialimperialistisches Argument. Die SPD.-Bonzen fühlen sich mit den Kapitalisten im Kampf um den Weltmarkt solidarisch, und wenn die Arbeiter dabei verhungern.

Ist es unmöglich, den Siebenstundentag bei Lohnausgleich und Lohnerhöhung zu erkämpfen? Vor mehr als 60 Jahren erhob die 1. Internationale die Forderung des Achtstundentages. Diese Forderung war damals gewiß „phantastischer“, als es heute der Siebenstundentag ist. Nach der Durchführung der Rationalisierung bedeutet der Siebenstundentag heute weniger für die Arbeiter als der Achtstundentag 1918. Der Uebergang zum Siebenstundentag würde die Arbeitszeit um ein Achtel verkürzen, während die Arbeitsleistung in weit höherem Maße, etwa um ein Viertel bis ein Drittel, gesteigert worden ist.

Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition beantwortet die Entlassungsdrohungen der Kapitalisten mit der Forderung der Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich. Das Beispiel der Berliner Verkehrs-AG. hat gezeigt, daß die Drohung des Massenkampfes Massenentlassungen verhindern kann. Eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit auf sieben Stunden bei vollem Lohnausgleich kann nur durch gewaltige revolutionäre Massenkämpfe, wie sie 1918 das Fundament der bürgerlichen Klassenherrschaft erschütterten, durchgesetzt werden. Erst wenn die Bourgeoisie in solchen Zugeständnissen ihre letzte Rettungsmöglichkeit sieht, wird das Proletariat diese Forderung als „Nebenprodukt des revolutionären Klassenkampfes“ durchsetzen.

„Sozialistische“ Musterbetriebe Wirtschaftsdemokratie und Schlichtungswesen.

Der Sozialfaschist Kögler führt im „Abend“ vom 22. Januar den Gewerkschaftsbetrieb Lindcar-Fahrradwerke als ein Muster des Kampfes gegen Erwerbslosigkeit durch Arbeitsstreckung an. Die Arbeitszeit wurde auf 40 Stunden pro Woche beschränkt, wobei die 500 beschäftigten Arbeiter auf den entsprechenden Teil ihres Lohnes verzichteten. Die SPD.-Arbeiter werden von diesem Rezept nicht sehr entzückt sein. Für solche „Erfolge“ brauchte man keine „sozialistischen“ Betriebe. Die sozialdemokratischen Arbeiter, die von diesen „sozialistischen“ Betrieben ein beispielgebendes Vorangehen in der Arbeitszeitverkürzung bei Lohnausgleich fordern, werden im Schlußwort zu der „Abend“-Diskussion folgendermaßen belehrt:

„Wenn hier auch vorgeschlagen wird, daß die Unternehmungen der Arbeiterschaft eine Verkürzung der Arbeitszeit auf vielleicht sieben Stunden täglich oder darunter bei gleichbleibenden Löhnen einführen sollten, so würde das naturnotwendig dazu führen, daß die Betriebe der Arbeiterschaft, die in sozialer Beziehung und auch in bezug auf Löhne ohnehin schon bessere Arbeitsbedingungen bieten als ihre kapitalistischen Konkurrenten, **einfach konkurrenzunfähig gemacht würden.**“

Das ist ein wertvolles Eingeständnis! Hier wird eingestanden, **was für Marxisten von vornherein klar war, daß es innerhalb des Kapitalismus keine sozialistischen Oasen geben kann, daß durch die wirtschaftsdemokratischen Experimente nicht der Kapitalismus von innen überwunden, sondern kapitalistische Ausbeutungsmethoden auf sogenannte Arbeiterunternehmen übertragen werden.**

Im selben Schlußwort wird auch erklärt, daß der wünschenswerten Abschaffung der Ueberstunden teils die gesetzlichen Bestimmungen, teils die Tarifverträge im Wege stehen. Wer hat diese gesetzlichen Bestimmungen und Tarifverträge geschaffen? Wer hat sie als Errungenschaften der Sozialdemokratischen Partei gerühmt? Waren es nicht dieselben Sozialfaschisten, die jetzt die mit ihrer Hilfe eingeführte nichtswürdige Ueberstundenschieberei mit Gesetzen und Tarifen entschuldigen! Die Arbeiterschaft muß auf solche Gesetze und Tarifverträge, die den elementarsten Pflichten der proletarischen Solidarität widersprechen, pfeifen. Sie muß sich die Geständnisse der Sozialfaschisten merken, um noch mehr als bisher die Forderungen zu propagieren: **Kein Tarifvertrag darf angenommen werden, der auch nur eine Stunde Ueberstundenarbeit vorsieht!** Die meisten dieser Tarif- Stunde **Ueberstundenarbeit vorsieht?** Sogar der ADGB., der bei jedem Anlaß das Schlichtungswesen als Errungenschaft der Wirtschaftsdemokratie gepriesen hat, mußte in einer Entschließung vom 18. Februar erklären:

„Es ist auf die Dauer unerträglich, daß die Schlichtungsinstanzen auf die aus der Rationalisierung sich ergebende Steigerung der Arbeitsintensität in ihren Schiedssprüchen keinerlei Rücksicht nehmen, weder durch Erhöhung der Löhne, noch durch Verminderung der Arbeitszeit. Wenn sich die Rationalisierung als ein Fortschritt auswirken soll, dann ist eine andere Grundeinstellung der Schlichtungsbehörden unbedingt erforderlich.“

Wenige Tage vorher empfahl ein Anhänger derselben sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie, Seiffert, im „Abend“ vom 29. Januar folgendes wundertätige Rezept zur Verkürzung der Arbeitszeit:

„Wir haben uns daran gewöhnt, Tarif- und Lohnfragen nicht mehr als bloße Machtfragen durch die Kraftproben auszutragen, wir ordnen sie durch Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Wir finden sogar nichts dabei, wenn sie im Zweifelsfalle **durch Schlichterspruch** entschieden werden.

Welcher einleuchtende Grund könnte wohl angeführt werden, es mit der **Frage der Arbeitszeit** nicht ebenso zu machen?!“

Hier schlägt ein Schwindel den anderen tot. Auf der einen Seite rufen die Sozialfaschisten den Schlichter zu Hilfe, damit er die Arbeitszeit verkürze, auf der anderen Seite klagen sie die Schlichter an, daß sie an der langen Arbeitszeit schuld sind. In Wahrheit arbeiten Schlichter und Gewerkschaftsbonzen Hand in Hand gegen die Verkürzung der Arbeitszeit, für die Durchsetzung der schändlichen Tarifverträge, die mit den darin enthaltenen Ueberstunden neun- bis zehnstündige Arbeitszeit vorsehen.

Sozialismus der einzige Ausweg

Jetzt kann man selbst im „Vorwärts“ lesen, daß die Rationalisierung die Ursache der Erwerbslosigkeit ist, daß infolge der Rationalisierung der „Anteil der Kapitalisten am Produktionsertrag ein ungesund hoher ist“ („Abend“, vom 12. Februar). Nach jahrelanger Predigt der Wirtschaftsdemokratie und der kapitalistischen Rationalisierung, nachdem Hilferding, Naphtali und Co. den SPD.-Arbeitern eingeredet haben, daß die Posten und Aemter der SPD.-Bonzen in den Regierungs- und Wirtschaftsinstitutionen dazu da sind, um die Wirtschaft im Interesse der Allgemeinheit zu regeln, schreibt Herr Steiner in seinem Schlußwort:

„Solange wir nicht die Möglichkeit haben, den Produktionsprozeß zu regeln, hat es keinen Zweck, Vorschläge zu machen, die heute nicht verwirklicht werden können.“

Hier liegt der Hase im Pfeffer. Die Verfügung der Arbeiterklasse über die Produktionsmittel, das ist in der Tat der entscheidende Punkt.

Nur wenn die Arbeiterklasse über Gruben und Fabriken, über Grund und Boden, über Banken und Trusts uneingeschränkt verfügt, wenn die Kapitalisten enteignet, die Produktionsmittel vergesellschaftet sind, dann wird der technische Fortschritt aus einem Fluche für die Arbeiterschaft zu einem Segen, dann kann die Arbeitszeit systematisch, entsprechend dem technischen Fortschritt, herabgesetzt und zugleich die Produktion zur Befriedigung aller Bedürfnisse der Werktätigen gesteigert werden. Das Beispiel der **Durchführung des Fünfjahrplans in der Sowjetunion** zeigt, daß das praktisch möglich ist.

Das ist das Ziel, das allen Arbeitern ständig vor Augen stehen muß. Dieses Ziel ist nur zu erreichen durch den systematisch gesteigerten Kampf der Massen. Mit dem Kampf um Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne im Betrieb, mit dem Kampf für rote Betriebsräte kommt das mächtige Schwungrad der proletarischen Massenbewegung ins Rollen, in politischen Massendemonstrationen, in politischen Massenstreiks wird sich die Bewegung steigern bis zur siegreichen Erhebung, die das System der kapitalistischen Ausbeutung hinwegfegt.

Darum marschiert das Proletariat in allen Ländern am 6. März unter den Losungen des proletarischen Klassenkampfes.

Für die proletarische Einheitsfront der Betriebstätigen und Erwerbslosen, der Arbeiter und der Arbeiterinnen!
Für Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich und Lohnerhöhung!
Für gleichen Lohn bei gleicher Arbeit!
Für Arbeit und Brot den Erwerbslosen!
Für die revolutionäre Verteidigung der Sowjetunion!
Für die Wahl roter Betriebsräte!
Für die Säuberung der Betriebe von den faschistischen und sozialfaschistischen Agenten des Kapitalismus!
Für den Sturz der Kapitalsdiktatur!
Für die Diktatur des Proletariats!
Für ein Sowjetdeutschland!

Waldenburger Bergland

Am 6. März marschiert

in folgenden Kundgebungen auf:

Waldenburg, Altwasser, Hermsdorf, Dittersbach: Um 18 Uhr, im Lokal „Zum Edelstein".

Weißstein: Um 19 Uhr, im „Deutschen Hause".

Gottesberg, Rothenbach, Fellhammer: Um 18 Uhr, im Lokal „Glückauf".

Nieder-Salzbrunn, Seitendorf: Um 19 Uhr, im Lokal „Zum Biehkrug".

Wüstegiersdorf: Um 19,30 Uhr, im Lokal „Zur Sonne".

Friedland: Um 19,30 Uhr.

Kein Genosse und revolutionärer Arbeiter darf in diesen Kundgebungen fehlen. Unterbezirksleitung Waldenburg der KPD.

30 neue Rote-Hilfe-Mitglieder

Am Sonnabend fand im Gasthof „Zur Eisenbahn" in Nieder-Salzbrunn ein Lichtbildervortrag der Roten Hilfe statt. Der Besuch war als ein guter zu bezeichnen. Genosse Preiß sprach über das Republikschutzgesetz. Der Beifall zeugte, daß der Redner den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hatte. Die darauf folgende Pause wurde benutzt, um Mitglieder für die Rote Hilfe zu werben. Es wurden 30 Neuaufnahmen gemacht.

Nieder-Salzbrunn. Fußball. Am vergangenen Sonntag weilte der Sportverein „Eiche" in Weißstein mit drei Mannschaften als Gast. Resultate sind folgende: „Eiche"-Jgd. — „Adler" Jgd. 7:0 für „Adler". „Eiche" II — „Adler" III 2:1 für „Adler". „Eiche" I gegen „Adler" I 1:0 für „Eiche".

Oberes Revier

Reinfall der Sozialfaschisten in Rothenbach

Die sozialfaschistischen Gemeindevertreter in Rothenbach hatten am Sonntag zu einer öffentlichen Versammlung aufgerufen. Sie sprachen über das Thema „Der Konflikt in der Gemeinde". Der Redner Geisler erzählte eine halbe Stunde über die Wahl der Schuldeputation. Er behauptete, daß die Sozialfaschisten größtes Interesse am Arbeiterwohl hätten. Er führte an, daß die Vertreter der SPD. den Amtsvorsteher Bullrich in Rothenbach weghaben wollen, um sein Gehalt zu sparen. In der Diskussion sprach u. a. unser Genosse Köppel. Er prangerte in längerer Ausführung die verräterische Politik der SPD. an. Die angebliche Sparsamkeitspolitik mit dem Amtsvorsteher hat einen anderen Grund. Die Sozialfaschisten hatten Gelegenheit, eine der Personen abzubauen, als der Gemeindevorsteher gewählt wurde. Da aber der aussichtsreichste Kandidat in der Gemeindevorsteherwahl der Obersaschist Ihmann war, wurden natürlich zwei Vorsteher gebraucht. Aber es wurde ein bürgerlicher Gemeindevorsteher gewählt und Ihmann ist nur 1. Schöffe. Sie wollen nun dem Gemeindevorsteher noch die Geschäfte des Amtsvorstehers aufbürden, bis er erklären wird, zu sehr mit Arbeit überlastet zu sein. Dann braucht Rothenbach einen besoldeten Schöffen. Durch diese Politik wird die Stelle Ihmanns als Lagerhalter im Konsum frei, wohin der Sozialfaschist Weidner sofort aufrücken würde. Laute Bravorufe zeigten, daß Genosse Köppel das Richtige traf. Dann ging er zur Schuldeputation über. Der Moralprediger Lehrer Besser von Rothenbach ist Sozialdemokrat und überzeugter Christ. Da nun Besser Moralunterricht erteilt, sagte der Gemeindevorsteher mit Recht, ein freireligiöser Mann kann die Interessen der Kirche nicht richtig fördern. Daraufhin will Lehrer Besser den Gemeindevorsteher verklagen, denn es sei eine ungeheure Beleidigung, ihn als freireligiös zu bezeichnen. Dann wurde der Badewärter Geisler etwas unter die Lupe genommen. Er hat eine Wohnung und einige Schankräume. Dafür bezahlt er 390 Mark pro Jahr Miete. Er hat aber eine Wurstbude verpachtet, und wollte die Kolonade noch für 50 Mark pro Monat an einen Invaliden verpachten, so daß er fast mietefrei wohnt. Für seine Tätigkeit als Badewärter erhält er die Stunde 43 Pfennig, aber den Monat 187,50 Mark. Da Genosse Köppel dauernd durch die Klingel unterbrochen wurde, weil die Sozialdemokraten schlecht die Wahrheit vertragen können, ergriff Genosse Rudolf das Wort und setzte die Ausführungen des Genossen Köppel in kurzer, klarer Form fort. Genosse Gemeindevertreter Hoffmann sprach ebenfalls zur Versammlung und erntete Beifall. Die Versammlung war nicht so ausgefallen, wie sich die Sozialfaschisten gedacht hatten. Es wäre zu wünschen, daß die Sozialfaschisten einmal den Mut aufbrächten, in Rothenbach einmal eine Versammlung zu veranstalten, wo auch über Reichspolitik gesprochen wird, doch davor haben sie Angst!

Bolkenhain

Ueberfüllte KPD.-Versammlung

In Bolkenhain fand eine von der Kommunistischen Partei einberufene öffentliche Versammlung statt. An Stelle des verhinderten Genossen Wollweber sprach Genosse Ullrich-Breslau. In meisterhafter Weise verstand es der Redner, den Anwesenden die wahren Ursachen des Elends aufzuzeigen. Daß der Referent den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hatte, bewies die Zustimmung während und am Schluß der Ausführungen. Obwohl Gegner anwesend waren, meldete sich in der Diskussion niemand zu Wort. Genosse Hiller geißelte in scharfen Worten die brutale Unterdrückung der Erwerbslosen und den neuen Steuerraub an den Werktätigen. Seine Ausführungen wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen. Im Schlußwort zerriß Genosse Ullrich die Lüge der Christenverfolgung in Sowjetrußland, und zeigte den wahren kulturellen und wirtschaftlichen Aufstieg der Sowjetunion auf. Trotz Sabotage der SPD. und der Nazi-Halunken war der Saal bis auf den letzten Platz gefüllt, so daß noch einige stehen mußten. Ja, ihr Fanatiker von der Säuglingspartei und ihr Hakengekreuzigte, die Arbeiterschaft weiß, wo sie hingehört!

Gewerkschaftsbürokraten und ihre Lakaien vertrösten und hetzen

A. K. In Langwaltersdorf fand am 2. März eine Zahlstellenversammlung des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter statt, die sich hauptsächlich mit der Statutenänderung befassen sollte. Von der Bezirksleitung war der Sozialfaschist Denkert anwesend. Die Aenderung des § 4, Abs. 1, wurde im Sinne der Opposition mit Mehrheit angenommen. Der Antrag fordert, daß die in einer freien Gewerkschaft erworbene Mitgliedschaft als Mitgliedschaft des Verbandes gilt. Sozialfaschist Denkert verlangte sofort das Wort zu einer üblen Kommunisten- und Rußlandhetze. Was der alles verzapfte! Er hätte auf der Dresdner Generalversammlung gegen den Ausschluß des Genossen Müller-Oberhermsdorf gestimmt, heute hätte Müller das Vertrauen derart mißbraucht, daß er heute seinem Ausschluß zustimme. Auf das andere alles einzugehen, hat wirklich keinen Zweck, es sollte eine Verteidigung der Schandtaten der SPD. und der Gewerkschaften sein. Die Kameraden Bratke und Kramer blieben ihm die Antwort nicht schuldig. Kamerad Bratke streifte in kurzen Zügen den Verrat der Gewerkschaftsbürokraten bei den vergangenen Lohnkämpfen. Unsere Löhne sind die niedrigsten von ganz Deutschland, trotz dem bestorganisierten Revier, wie der Referent auch zugab. Nach Ansicht des Referenten dürfen wir erst gar keine Lohnforderungen stellen, weil ja unser Revier nur 3,8 % Prozent der Gesamtförderung Deutschlands ausmacht. Also haben wir nichts zu sagen. Wegen Verkürzung der Arbeitszeit vertröstete er auf die internationale Verständigung, die wäre vor der Hand wieder flöten gegangen. Abwarten sollen wir, bis es der reformistischen Gewerkschaftsinternationale gelingt, in Frankreich ein neues Kohlenrevier zu organisieren, denn von den Bergleuten dort, meist alles Ausländer, wolle sich niemand organisieren; darum hätte man jetzt Organisatoren dorthin geschickt, und von diesem Revier hängt die internationale Verständigung (Arbeitszeitverkürzung) ab.

Alles Dreh, um die Kumpel von einer Konferenz zur anderen zu vertrösten. Nur unter Führung der Gewerkschaftsopposition werden wir imstande sein, uns bessere Verhältnisse zu schaffen. Trotz der Hetze der ganzen bürgerlichen und sozialfaschistischen Journaille werden früher oder später den Kumpels die Augen aufgehen; dafür wird die Gewerkschaftsopposition sorgen.

Niederschlesien

Erwerbslose Jungarbeiter sollen — ins Arbeitshaus

Ein skandalöses Verlangen des Görlitzer Bezirks-Fürsorgeverbandes

Wie wir schon berichteten, sieht es mit der Pflege der Jungarbeiter von seiten des Jugendpflegeamtes sehr traurig aus. Von einem jungen Arbeiter wird uns dazu folgendes mitgeteilt:

Laut Zuschickung des Bezirks-Fürsorgeverbandes Görlitz (unterschrieben von Herrn Giese) stellt das Bezirks-Fürsorgeamt fest, daß der Jungarbeiter V. E. seiner Unterhaltungspflicht nicht genüge, weil er arbeitslos und zugleich ausgesteuert ist. Dem Jungarbeiter, der den Antrag auf Wohlfahrtsunterstützung stellte, wurde dieselbe persönlich in Höhe von drei Mark gewährt. Später wurde ihm Pflichtarbeit zugeteilt. Plötzlich behauptete das Jugendamt, daß der Jungarbeiter „den anderen Arbeitern ein schlechtes Vorbild" sei, aber nicht wegen Arbeitsverweigerung, sondern weil er — sich das Rauchen nicht verbieten ließ. Damit nun die übrigen Arbeiter von dem Raucher nicht „verdorben" würden, wurde ihm die Pflichtarbeit weggenommen. Nun heißt es weiter in dem Schreiben: Weil der Jungarbeiter arme Eltern hat, fällt er weiter durch Bewilligung von Naturalien der öffentlichen Fürsorge zur Last. Also höre, Jungarbeiter, wenn du aus den Tretmühlen der Kapitalisten rausfliegst, und dir die Arbeit vom Jugendamt weggenommen wird, lehnt der Staat deine Unterstützung ab, trotzdem dir dieselbe laut Weimarer Verfassung zusteht. Was macht nun das Jugendamt? Es schreibt dem Bezirks-Fürsorgeverband folgendes:

„Es handelt sich um einen jungen Menschen, der vielleicht durch den Zwang zur Arbeit in einer Arbeitsanstalt gebessert werden kann. Wir beantragen hiermit, der Bezirksausschuß wolle die Unterbringung des Arbeiters in einer Arbeitsanstalt auf Grund der Verordnung über die Fürsorgepflicht zu beschließen, und die Unterbringung nicht von der endgültigen Entscheidung abhängig zu machen."

Das heißt auf deutsch: daß der Jungarbeiter, der ohne sein Verschulden arbeitslos ist, jeden Tag abgeholt werden kann und in das Arbeitshaus kommt. Jungarbeiter, antwortet diesen Leuten mit dem Masseneintritt in die Kommunistische Jugend.

Nieder mit dem System der Jugendverrohung! Nieder mit dieser „Jugendpflege"!

Görlitz

Selbstmord unter der Teufelsbrücke

Spät abends fand man unter der Teufelsbrücke auf dem Bahnkörper der Zittauer Bahn den 25jährigen, ledigen Arbeiter Walter Fleischer aus der Seydewitzstraße bewußtlos auf. Da sein Hut und Mantel auf der Brücke gefunden wurden, nahm man zunächst an, daß er sich herabgestürzt hatte. Da er aber keine Verletzungen aufwies, stand man vor einem Rätsel, das der Lebensmüde nicht mehr lösen konnte, da er auf dem Transport ins Krankenhaus verstarb. Aus einem Abschiedsbrief ging hervor, daß er Gift genommen hatte. Offenbar ist er hierauf einfach die Böschung herabgestiegen.

Penzig

Tödliches Motorradunglück

Als die Gebrüder Schulz auf einem Motorrad von Rauscha heimkamen, begegneten sie beim Tunnel hinter Nieder-Penzighammer dem Gespann des Landwirts Besser aus Nieder-Langenbielau. Das Pferd scheute, stieg in die Höhe und stürzte auf das Motorrad. Der Führer Gustav Schulz bremste so scharf, daß sein Bruder Günther über ihn weg auf die Straße geschleudert wurde und bewußtlos liegen blieb. Dem 22jährigen Gustav Schulz wurde von dem Pferd die Schädeldecke zertrümmert, so daß er kurz nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus verstarb. Auch Günther Schulz mußte schwer verletzt vom Platz geschafft werden. Das Pferd mußte abgestochen werden.

Sagan

Es gibt Hauswirte, die anscheinend kein Geld benötigen. In dem Hause Stadtwiese 3 ist Herr Renner als Gerichtsbeamter Besitzer. Es wird uns mitgeteilt, daß drei Mieterfrauen, angestellt vor dessen Tür, bewaffnet mit der Monatsmiete, dieselbe zur Zeit der Anwesenheit des Herrn Renner abführen wollten. Frau Renner erklärte trotzdem, „Mein Mann ist nicht da!" schmiß die Tür zu und ließ die drei Frauen stehen. Warum? Wenn Familie Renner glaubt, daß die Mieter mit der Miete ihr nachlaufen und betteln sollen, um bloß das Geld loszuwerden, dann täuscht man sich.

Haynau

SPD.-Arbeiter, so sehen eure Führer aus!

Korruption ist den sozialdemokratischen Führern kein fremdes Betätigungsfeld, ja, sie ist in der Sozialdemokratischen Partei schon etwas Alltägliches geworden. Je wütender diese Korruptionshunde gegen uns Kommunisten kläffen, desto sicherer fühlen sie sich bei ihrem schändlichen Treiben. So müssen wir jetzt feststellen, daß der den Haynauer Arbeitern sehr gut bekannte Reichsjammer-General, ehemaliger Gewerkschaftsbonze und Arbeitsnachweisverwalter Behrens sich schon wieder an Arbeitergroschen vergriffen hat, und auf Anzeige seiner eigenen Genossen verhaftet werden mußte. Wir stellen ferner fest, trotzdem dieser unsaubere Bursche sich in wiederholten Fällen mit Arbeitergroschen bereicherte, wurde er stets durch die in unzähligen anderen Fällen selbst korrumpierten sozialdemokratischen Parteifunktionäre gedeckt und immer wieder durch Unterbringung in ihren Betrieben begünstigt. Ihr Papierfabrik-Arbeiter im besonderen, waren es nicht diese Burschen, Behrens und Gampig, die durch ihr korrumpiertes Verhalten in den Jahren 1923/24 den Boden für die faschistische Werksgemeinschaft schufen? Kein ehrlicher Arbeiter darf sich mitschuldig machen an diesen korrupten Gesellen, darum kann es für euch keinen Platz in dieser korrupten Sozialdemokratischen Partei geben.

Liegnitz

Ein ungewöhnlicher Unfall ereignete sich abends auf der Hindenburg-Brücke. Hier prallte ein Kraftwagen mit einem auf der falschen Seite fahrenden Motorrad zusammen. Das Motorrad überschlug sich. Der Fahrer wurde in hohem Bogen über das Geländer der Katzbachbrücke geschleudert. Es gelang ihm jedoch, sich im letzten Augenblick außen an das Geländer anzuklammern. Ueber der gefährlichen Tiefe schwebend konnte er sich noch emporziehen. Kaum hatte er jedoch festen Boden unter sich, als er bewußtlos zusammenbrach, da er eine schwere Kopfverletzung erlitten hatte.

Arbeitersport

Breslauer Handball-Serienspiele am 9. März

Männer-A-Klasse

10,15: ZdA. — 8. Abteilung, Stadion, Schmalisch.
13,00: Poseidon — 6. Abteilung, Stadion, Guhr.
15,45: 1897 — 7. Abteilung, Eichenpark, Flaschka.
15,30: 1. Abteilung — Mochbern, Eichenpark, Feist.
15,45: 5. Abteilung — Nordost, Oswitz, Wallenburg.
16,00: Gandau — 1925, Gandau, Bergander.

Männer-B-Klasse

10,45: Stabelwitz — Deutsch-Lissa, Helmutwiese, Batschick.
11,00: Poseidon — 7. Abteilung, Stadion, Schröter.
14,30: 5. Abteilung — 1. Abteilung, Oswitz, Riedel.
16,00: 1925 — 8. Abteilung, Oswitz, Müller.
10,00: 1925 — Mochbern, Oswitz, Alber.
10,00: Nordost — Silesia, Oswitz, Wurth.
10,15: 4. Abteilung — 6. Abteilung, Tschansch, Bartsch.
14,45: Gandau — 7. Abteilung, Gandau, Riedel.

Jugend-A-Klasse

9,00: 6. Abteilung — 1. Abteilung, Tschansch, Bassalig.
9,00: 2. Abteilung — 8. Abteilung, Ostpark, Biallas.
14,30: 1897 — 7. Abt., Eichenpark, Surrauf.
9,00: 5. Abteilung — 7. Abteilung, Oswitz, Mosig.
10,15: 4. Abteilung — Mochbern, Ostpark, Sabzog.
13,30: Gandau — Nordost, Gandau, Niebsch.

Männer-C-Klasse

9,00: ZdA. — Wratislawia, Stadion, Fischer.
9,30: Kanuv. — Südost, Helmutwiese, Gnieser.
10,00: 1897 — Silesia, Stadion, Platz von Silesia, Grünig.
10,15: 5. Abt. — Stern, Oswitz, Schubert.

Sportlerinnen

16,00: Freiheit — 3. Abt., Oswitz, John.
15,00: 1921 — Silesia, Kosel (Bäckerwiese), Baier.
11,00: Südost — 2. Abt., Klettendorf, Hubrich II.
14,30: Deutsch-Lissa — FSV., Deutsch-Lissa, Hubrich I.

Pfandleihhaus Grundmann
Breslau, Trebnitzer Str. 21
Beleihung v. Anzügen, Wäsche und Schmucksachen

Masken u. Theater-Kostüme
neu u. preisgekrönt, verleiht billigst
Größtes Spezialhaus
H. Wiersing, Breslau
Messergasse 50 — am Neumarkt
Tel. 216 44

ff. Fleisch- u. Wurstwaren
Frühstückstube
empfiehlt
C. Leopold
Schweidnitz, Langstraße Nr. 8

Wir liefern
Plakate
Briefbogen
Rechnungen
Programme
Einlaßkarten
Flugblätter
Werke
Zeitungen
Zeitschriften
Rotationsdruck
Massenauflagen
prompt und preiswert
PEUVAG
Papier-Erzeugungs- und Verwertungs-Aktien-Gesellschaft Berlin
Fil. Breslau
Trebnitzer Str. 58